



MENSCHEN MACHEN MEDIEN

Medienpolitisches ver.di-Magazin Sept. 2024 Nr. 3

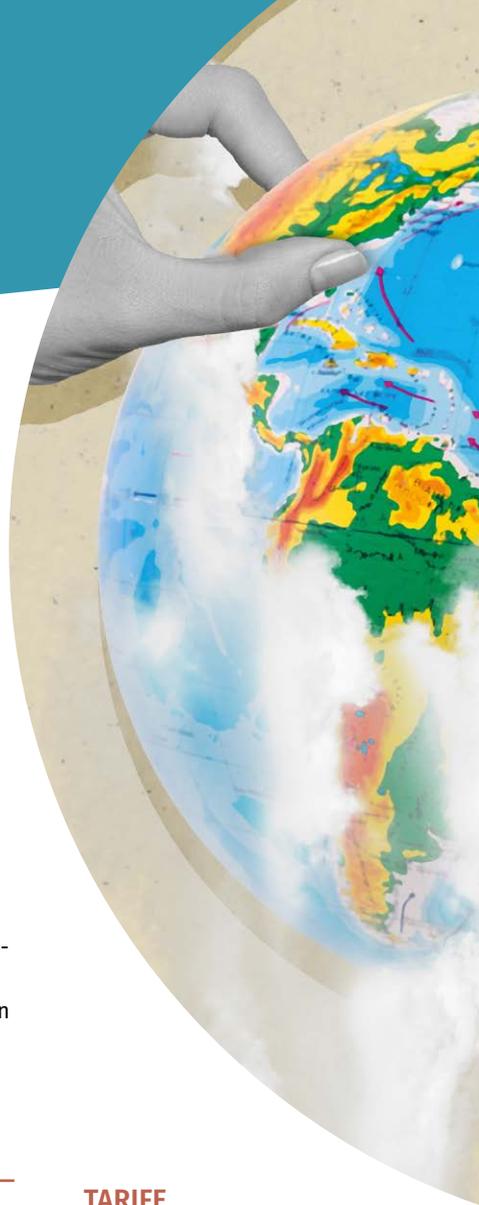


mmm.verdi.de
E 2814
Jahrgang 73

- Exiljournalismus
Arbeiten in Deutschland
- Fake News in Spanien
Kampf gegen Desinformation

BERICHTEN ÜBER KLIMAWANDEL





IM FOKUS: KLIMAJOURNALISMUS

- 7 **GLOBAL DENKEN, LOKAL BERICHTEN**
Von Bärbel Röben
- 10 **KEIN KLIMAWANDEL NIRGENDS**
Rechte Narrative und Klimaleugnung in den Medien
- 12 **„ALLE SIND BESTÜRZT UND DANN GEHT ES WEITER WIE BISHER“**
Carla Reemtsma, Klimaaktivistin, im Interview mit Till Schmidt
- 15 **FÜNF TIPPS, UM MEHR MENSCHEN MIT KLIMAJOURNALISMUS ZU ERREICHEN**
- 16 **NEUE PERSPEKTIVEN FÜR KLIMAJOURNALISMUS**
Modellprojekt Neue Zukunft
- 17 **JOURNALISTISCH ARBEITEN MIT KLIMAVERANTWORTUNG**
Die CO₂-Bilanz der Medien

- 18 **VIEL GUTES KLIMA IN SOZIALEN MEDIEN**
- 20 **WELCOME TO PLANET B**
Wie Computerspiele Lust auf Klimaschutz machen können
- 22 **KLIMAPROTEST ERREICHT ABENDPROGRAMM**
Wie über Klimaproteste berichtet wird

MEDIEN UND RECHT

- 4 **„COMPACT“-VERBOT AUSGESETZT: HINTERGRUND DES VERFAHRENS**

KOMMENTAR

- 5 **PRESSEFREIHEIT GEGEN RECHTS VERTEIDIGEN**

BERUF

- 14 **SCHON ENTDECKT**
Graswurzelrevolution
- 24 **DIE LETZTE MÖGLICHKEIT**
Für Journalist*innen im Exil ist es schwer, in ihrem Beruf zu arbeiten. Gerade wenn sie aus Ländern kommen, die wenig im Fokus des öffentlichen Interesses stehen.

INTERNATIONAL

- 26 **SPANIENS JUSTIZ KÄMPFT GEGEN HETZE IM NETZ**
- 28 **AMNESTY INTERNATIONALE**
Aktion für Alberto Amaro Jordán, Mexiko

VER.DI UNTERWEGS

- 29 **DEUTSCHER FAIRNESSPREIS FÜR MAI THI NGUYEN-KIM**

TARIFE UNDHONORARE

- 30 **TARIFVERHANDLUNGEN ZEITUNGSREDAKTIONEN**
- 30 **NETFLIX: VERBESSERTE VERGÜTUNGSSITUATION**
- 31 **TARIFABSCHLUSS BEI DPA UND TÖCHTERN**
- 31 **TARIFABSCHLUSS BEI CINEMAXX**



COVER-FOTO:

ALLE PODCASTS UNTER: MMM.VERDI.DE/PODCAST

Emmanuele Contini

ANSÄTZE DER WAHLBERICHTERSTATTUNG. Berichten über Landtags- oder Kommunalwahlen. Wie geht das? Im M – Medienpodcast mit Danilo Höpfner erklärt der Journalist Benjamin Denes, Geschäftsführer der Electronic Media School in Potsdam-Babelsberg, welchen Herausforderungen sich Journalist*innen im Zuge von Wahlberichterstattung ausgesetzt sehen und wie sie mit diesen fachlich genau umgehen können.



Abb: Shutterstock /
Roman Samborskyj

Heiß und gefährlich



haben Sie diesen Sommer auch so sehr geschwitzt? Kein Wunder. Schließlich war der Sommer 2024 der weltweit heißeste seit Beginn der Aufzeichnungen. Laut Copernicus-Klimawandeldienst der EU lag die globale Durchschnittstemperatur in den Monaten Juni bis August 0,69 Grad über dem Durchschnitt des Referenzzeitraums von 1991 bis 2020. Danach kamen Regen, Stürme und Fluten. Dieses Phänomen nennt man Klimawandel.

Journalist*innen berichten regelmäßig über Ursachen und Folgen dieser menschengemachten Misere. Doch politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich tut sich zu wenig, um dieses weltweite Problem rasch in den Griff zu bekommen. Schließlich ist es auch alles andere als banal. Denn zahlreiche Krisen verschränken sich beim Klimathema. Wie sollen Medienschaffende das Thema also behandeln, ohne dass die Menschen verängstigt oder abgeschreckt werden (Seite 7)?

Zwar nimmt die Umwelt- und Klimaberichterstattung in den meisten Regionen der Welt zu. Gleichzeitig ringen Journalist*innen aber mit schrumpfenden Redaktionen, der Einschränkung der Pressefreiheit, zunehmender Fehl- und Desinformation (Seite 10) sowie Einschüchterungsklagen (SLAPPS) und direkten Attacken.

Einer neuen Studie des Internets Earth Journalism Network (EJN) zufolge ist die Bedrohungslage ernst: Etwa vier von 10 Journalist*innen, die über Klimakrisen und Umweltthemen berichten, wurden aufgrund ihrer Arbeit bedroht, wobei 11 Prozent sogar körperlicher Gewalt ausgesetzt waren. Auch Reporter ohne Grenzen zufolge wurden in den vergangenen zehn Jahren weltweit rund 200 Journalist*innen, die über Umwelt berichten, bedroht, physisch angegriffen oder umgebracht wurden.

Welche Ideen und Ansätze es hierzulande gibt (Seite 16) und wie sich auch spielerisch (Seite 20) das Thema Klimawandel betrachten lässt, lesen Sie in dieser M. Die Redaktion wünscht allen Leser*innen eine spannende Lektüre und keinen allzu heißen Herbst.

Julia Hoffmann
verantwortliche Redakteurin

„Compact“-Verbot ausgesetzt: Hintergrund des Verfahrens

Das rechte Magazin „Compact“ darf vorerst weiter erscheinen. Nachdem das Bundesinnenministerium im Juni ein Verbot verfügt hatte, gab das Bundesverwaltungsgericht zwei Monate später einem Eilantrag des Unternehmens statt, das das Magazin herausgibt (BVerwG, Beschluss vom 14. August 2024 – BVerwG 6 VR 1.24).

Angesichts der vielfach abstoßenden Inhalte ist nur schwer erträglich, dass „Compact“ nun weiter seine Funktion als „Sprachrohr der neuen Rechten“ erfüllen könne, heißt es. Dennoch ist der Beschluss kein Freifahrtschein, denn das Gericht hat einem Verbot rechter Medien nicht grundsätzlich eine Absage erteilt.

Organisationsverbote auch gegenüber Medienunternehmen möglich

„Ein Vereinsverbot gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 VereinsG [Vereinsgesetz, Anm. d. Verf.] kann als Instrument des ‚präventiven Verfassungsschutzes‘ auch gegenüber zum Zweck der Verbreitung von Nachrichten und Meinungsbeiträgen gegründeten Medienorganisationen erlassen werden.“ Diese grundsätzliche Aussage hat das Gericht seinem Beschluss als amtlichen Leitsatz vorangestellt. Das Bundesinnenministerium kann daher gegen „Compact“ und andere rechte Medien vorgehen, wenn diese den Verbotstatbestand erfüllen.

Eine Vereinigung kann erst dann verboten werden, wenn ihre Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderläuft oder sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richtet. Die verfassungswidrigen Aktivitäten müssen dabei für das Medium derart prägend sein, dass mildere Maßnahmen nicht mehr effektiv sind. Es genügt also nicht, wenn einzelne Beiträge strafrechtlich relevant sind oder die Menschenwürde angreifen. Die Behörden haben eine Reihe an Möglichkeiten, um gegen Rechtsverstöße vorzugehen. Das Bundesverwaltungsgericht nennt in seinem Beschluss ausdrücklich „presse- und medienrechtliche Maßnahmen, Veranstaltungsverbote, orts- und veranstaltungsbezogene Äußerungsverbote sowie Einschränkungen und Verbote von Versammlungen“.

Dass zunächst versucht werden muss, ein Medium durch Maßnahmen unterhalb des Verbots zur Einhaltung der Gesetze anzuhalten, ist der Meinungs- und Pressefreiheit geschuldet. Denn die weitreichenden Folgen eines Verbots, darunter die Einziehung des Vermögens, wirken sich auch auf die Äußerungen aus, die rechtlich zulässig sind. Das Bundesinnenministerium muss daher im Vorfeld sorgfältig dokumentieren, in welchem Umfang das Medium verfassungswidrige Inhalte verbreitet und wie es auf behördliche Maßnahmen reagiert hat.

Im Falle von „Compact“ erkannte das Bundesverwaltungsgericht bei einzelnen Beiträgen durchaus Anhaltspunkte für eine Verletzung der Menschenwürde. Bei diesen gehe es „sowohl um eine demütigende Ungleichbehandlung deutscher Staatsangehöriger mit Migrationshintergrund gegenüber denjenigen ohne Migrationshintergrund als auch darum, den Erstgenannten lediglich einen rechtlich abgewerteten Status zuzubilligen.“ In diesem Zusammenhang verwies das Gericht auf das von „Compact“ vielfach thematisierte „Regmigrationskonzept“, das auf eine Rechtsverweigerung für einen Teil der deutschen Staatsangehörigen aus sei.

Nach Auffassung des Gerichts spreche auch „viel dafür“, dass das Magazin mit seiner Rhetorik in zahlreichen Beiträgen eine „kämpferisch-aggressive Haltung gegenüber elementaren Verfassungsgrundsätzen“ einnehme. Einerseits verwende das Magazin wiederholt emotionale Formulierungen, wonach die „Volksgemeinschaft“ in ihrer Existenz bedroht sei („Asyl-Bombe“, „Tsunami“, „Flut“, „Invasion“), andererseits werde die Notwendigkeit für einen Widerstand gegen eine angeblich gezielte „Umvolkung“ gegen das „Regime“, das „System“ bzw. die „Volksfeinde“ betont.

Zweifel hat das Gericht jedoch daran, ob diese Aussagen derart prägend sind, dass ein Verbot gegenüber milderer Maßnahmen verhältnismäßig ist. Dies lasse sich „derzeit nicht abschließend beurteilen“. In Bezug auf das Magazin ergebe sich kein eindeutiges Bild, da neben verfassungswidrigen Inhalten auch andere Schwerpunkte gesetzt würden. Über das Magazin hinausgehende Publikationen lägen dem Gericht nur vereinzelt bzw. in Auszügen vor. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die Entscheidung im Eilverfahren ergangen ist. Sie gilt also nur vorläufig bis zu einer Entscheidung in der Hauptsache. Und bis dahin kann das Bundesinnenministerium noch nachlegen.

Folgen der Entscheidung

In einer Demokratie sind Medienverbote selten – und das aus gutem Grund. Die Behörden müssen das Tatsachenmaterial für ein Verbotverfahren sorgfältig zusammenstellen und ihr Vorgehen sorgfältig abwägen. Ein Verbot können sie nur dann aussprechen, wenn andere Maßnahmen keinen Erfolg versprechen. Das mag nicht bequem sein, aber Grundrechte sind nun einmal auch nicht dafür da, es dem Staat leicht zu machen. Das Grundgesetz garantiert die Meinungs- und Pressefreiheit nicht nur auf dem Papier. Zu Recht legt die Justiz bei Verbotverfahren einen strengen Maßstab an. Abzuwarten bleibt, ob „Compact“ auch im Klageverfahren erfolgreich sein wird. Unabhängig davon gilt ohnehin, dass sich Demokrat*innen nicht auf Verbotverfahren verlassen, sondern aktiv gegen Rechts engagieren sollten. Anlässe dafür gibt es (leider) mehr als genug. <<



Foto: Kay Herschelmann

Jasper Prigge ist Rechtsanwalt für Urheber- und Medienrecht in Düsseldorf

Pressefreiheit gegen rechts verteidigen

Die Wahlergebnisse der AfD in Brandenburg, Sachsen und vor allem in Thüringen sind für unsere offene, vielfältige und demokratische Gesellschaft eine Katastrophe. Noch ist unklar, wie sich das parlamentarische Erstarken der Rechtsextremisten und Faschisten konkret auf unser Zusammenleben auswirken wird. Absehbar ist aber schon jetzt, dass Medienschaffende und das Mediensystem insgesamt noch stärker unter Druck geraten werden.

Relativ schnell dürfte das der öffentlich-rechtliche Rundfunk zu spüren bekommen. Schon jetzt gibt es auch jenseits der AfD unter den demokratischen Parteien Bestrebungen, das System in seiner bisherigen Form abzuschaffen. Aktuell zeigt sich das am verfassungsrechtlich fragwürdigen Versuch nicht nur konservativer Kräfte, die von der KEF festgesetzte – und schon jetzt erkennbar ungenügende – Erhöhung des Rundfunkbeitrags zu torpedieren.

Die parlamentarischen Kräfte, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit der Axt „reformieren“ wollen, sind seit September im Osten stärker als zuvor – und das in Regionen, die auf eine umfassende kritische Berichterstattung und fundierte Meinungsbildung dringend angewiesen sind, auch weil private Qualitätsmedien sich vielerorts schon längst zurückgezogen haben.

Dass Pressefreiheit für die AfD kein schützenswertes Gut ist, hat sie in der Vergangenheit bereits hinlänglich bewiesen, zuletzt als sie mit fadenscheinigen Begründungen versuchte, missliebige Berichtersteller*innen von ihrer Wahlparty in Erfurt auszuschließen. Mit dem Erstarken der Rechtsextremisten dürften sich jene weiter im Aufwind fühlen, die Journalist*innen als „Lügenpresse“ diffamieren, kritische Berichterstattung delegitimieren und Medienschaffende verbal und körperlich angehen und im schlimmsten Fall sogar mit dem Tod bedrohen.

Mehr denn je ist unsere Gesellschaft nach den Wahlen in Ostdeutschland aufgefordert, Journalistinnen und Journalisten den Rücken zu stärken, die mit ihrer Arbeit täglich einen wichtigen Beitrag für eine funktionierende Demokratie leisten. Klar Position für die Pressefreiheit beziehen müssen nicht zuletzt Politik, Polizei und Justiz. Die Justiz, indem sie Angriffe gegen Medienschaffende konsequent verfolgt und die Polizei, in dem sie Angriffe auf Journalist*innen konsequent verhindert. Die Politik muss die Sonntagsreden über die Bedeutung von Journalismus für unsere Gesellschaft mehr Taten folgen lassen: Mit einer Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, aus der dieser gestärkt und nicht geschwächt hervorgeht, mit einer vielfältigen Stärkung der Pressefreiheit und mit Gesetzen, die die Arbeitsbedingungen und die Sicherheit von Journalist*innen verbessern, so wie es im Koalitionsvertrag vereinbart war. <<



Foto: Stephanie von Beckere

Peter Freitag arbeitet als Redakteur bei der Rheinischen Redaktionsgemeinschaft. In ver.di ist er stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) und stellvertretender Vorsitzender der Bundesfachgruppe Medien, Journalismus und Film.

Anzeige

Aktion
nur noch bis
31.12.2024



PRESSE-VERSORGUNG

750 Geschenke zum 75. Jubiläum



Sichern Sie sich jetzt dieses begrenzte Jubiläumsangebot, um Ihre erwachsenen Kinder mitzuversichern – unabhängig von Alter und Beruf.



Klimajournalismus beschäftigt sich nicht nur mit der fortschreitenden Klimakrise und ihren Folgen, sondern auch mit möglichen Lösungen. Konkrete Handlungsoptionen werden aufgezeigt und eingeordnet. Dadurch soll das Bewusstsein für die Klimakrise geschärft und lösungsorientiertes Denken gefördert werden. In der Praxis kann das sehr unterschiedlich aussehen.



Global denken, lokal berichten



Von Bärbel Röben

Die Klimakrise wird angeheizt durch soziale Ungleichheit, politisches Zögern und die Beharrungsinteressen von wirtschaftlich Mächtigen.

In dieser Gemengelage versuchen Klimajournalist*innen, über die Bedrohung unseres Planeten durch Erderwärmung und Artensterben aufzuklären und gleichzeitig Handlungsoptionen zu vermitteln. Über das „Wie“ diskutieren sie seit Jahren intensiv. „Den globalen Themenkomplex Klimawandel auf die lokale Ebene bringen, eine regelmäßige Berichterstattung etablieren und damit vor allem auch solche Leser*innen erreichen, die sich bisher noch nicht damit beschäftigt haben.“ Dafür plädiert die Lokaljournalistin Aline Pabst von der Saarbrücker Zeitung, die zum Team des Netzwerks Klimajournalismus gehört.

„Der menschengemachte Klimawandel geht ursächlich auf das rücksichtslose Wirtschaftssystem zugunsten des konsumorientierten Lebenswandels der Einwohner*innen der westlichen Industriestaaten zurück.“ So der Journalist Lorenz Matzat 2021 im DfG-Gespräch. Er kritisierte die Klimaberichterstattung als „analytisch flach“, weil das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht in Frage gestellt würde. Jürgen Döschner, Klima-Fachjournalist beim WDR, forderte 2023 mehr Rückgrat von Medien-Führungskräften, denn es sei fatal, die Berichterstattung an der Angst vor Shitstorms oder bösen Briefen von Energieversor-

gern auszurichten. Auf der Jahreskonferenz von Netzwerk Recherche 2024 (nr24) kritisierte er wiederum Chefredaktionen, für die es kein Problem war, zu Demos gegen Rechts aufzurufen, während bei Demos im Hambacher Forst nicht einmal angekündigt werden durfte, wo die Busse abfahren.

Klima als Dimension erfordert interdisziplinäres Arbeiten

Döschner gehört zum Kernteam des Netzwerks Klimajournalismus, das 2021 gegründet wurde und ein Jahr später eine Charta veröffentlichte mit ethischen und ökologischen Leitzielen „für einen Journalismus, der durch Aufklärung zum Erhalt der Lebensgrundlagen auf diesem Planeten beiträgt“. Prämisse ist, dass die Klimakrise nicht als eigenes Thema betrachtet wird, sondern – analog zu Demokratie und Menschenrechten – als „eine Dimension jedes Themas“. Klimafragen berühren politische Entscheidungen, wirtschaftliches Handeln, selbst Sport oder Kultur, sodass die Berichterstattung nicht an Ressort- und Zuständigkeitsgrenzen gebunden sein sollte.

Im Sommer 2023 berichtete die taz in einer Artikelreihe zu „Medien und Klima“ auch über Medienstrategien, Klima als Querschnittsthema zu behandeln. Im Frühjahr wurde zum Beispiel beim Deutschlandfunk ein ressortübergreifendes Team gegründet, das im Zwei-Wochen-Rhythmus tage, um die aktuelle Klimaberichterstattung des Senders zu besprechen und

Themen zu koordinieren. Ähnlich arbeite die „Süd-deutsche Zeitung“, wo es in allen Ressorts Autor*innen gebe, die dort für Klima zuständig sind. So könne man etwa den Heizungsstreit aus politischer, wirtschaftlicher oder wissenschaftlicher Sicht betrachten.

Klimaberichterstattung orientiert sich am Stand der Forschung

Nur wenige Journalist*innen könnten erklären, „wie CO₂-Budget, Kippunkte und die aktuelle Klimapolitik zusammenhängen und was dies für unsere Lebensgrundlagen bedeutet“, kritisierte Sara Schurmann, Mitbegründerin des Netzwerks Klimajournalismus, im vergangenen Jahr. Das sei kein individuelles, sondern ein strukturelles Problem. Medienhäuser sollten entsprechende Expertise bei ihren Mitarbeitenden aufbauen, denn das notwendige Fachwissen werde in Studium und Ausbildung nicht vermittelt.

Das scheint sich zu ändern – nicht zuletzt, um journalistischen Nachwuchs auch aus dem Umfeld von „Fridays for Future“ und ähnlicher Organisationen zu werben. Im Volo-Ratgeber der dju in verdi, der im Frühjahr 2024 erschien, werden dazu Beispiele genannt. Die Deutsche Journalistenschule bietet für junge Menschen mit technisch-naturwissenschaftlichem Studium das Programm „Tiefgang-Talente“ an. Die Kölner Journalistenschule vermittelt klimajournalistische Fachkompetenzen in Kooperation mit der Universität zu Köln, wo die Schüler*innen jetzt auch Geophysik und Meteorologie und „Physics of the Earth and Atmosphere“ studieren können. Bereits Ende November 2023 führte die Funke Mediengruppe ein „Klima-Volontariat“ ein.

Verzerrte Gewichtungen und Verzögerungsnarrative vermeiden

In der Klimaberichterstattung kommt es immer wieder zu einer „false balance“ – einer fehlgeleiteten Ausgewogenheit, wenn wissenschaftliche Fakten verzerrt gewichtet werden. Bei der Berichterstattung über den menschengemachten Klimawandel ist das der Fall, wenn Klimaleugnende genauso zu Wort kommen wie die Mehrheit der Forscher*innen, die ihn als gesicherten Befund einstufen. Die Medienforscherin Marlis Prinzing gibt zu bedenken, dass eine „false balance“ Akteur*innen mehr Aufmerksamkeit verschaffe, „als es ihrer gesellschaftlichen Bedeutung entspräche“ und so Schaden anrichten könne, „indem faktenbasiertes Handeln beeinträchtigt wird“.

Faktenbasiertes Handeln wird oft auch durch Verzögerungsdiskurse ausgebremst. Unter solchen „Discourses of Delay“ versteht man Äußerungen, die zwar den Klimawandel anerkennen, aber Nichthandeln oder unangemessene Maßnahmen rechtfertigen. Die Verzögerungsnarrative sollte jede*r Journalist*in kennen und entsprechend kritisch einordnen können, so Sara Schurmann – besonders mit Blick auf fossile Konzerne. Der Lobbyverband „Zukunft Gas“ steht zum Beispiel in der Kritik, die Wärmewende von fossilen zu klimaschonenden Lösungen zu verschleppen.

Klimagerechtigkeit heißt soziale Ungleichheiten beseitigen

Auch sozialwissenschaftliche Expertise ist wichtig für eine Klimaberichterstattung, die eine ganzheitliche Perspektive einnimmt und Ursachen, Folgen und Auswege aus der Klimakrise in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext einordnet. Denn die Klimakrise ist kein technisches Problem, sondern ein soziales. Die Studie „Soziale Frage Klimawandel“ der Friedrich-Ebert-Stiftung thematisiert die gesellschaftlichen Risiken des Klimawandels für Deutschland, denn „seine Folgen werden vor allem sozial benachteiligte Menschen besonders stark betreffen. Deswegen ist Klimaanpassungspolitik auch Politik für mehr soziale Gerechtigkeit.“ Dabei gelte es, miteinander verwobene Ungleichheiten entlang von Herkunft, Alter, Armut oder Geschlecht in den Blick zu nehmen.

Aber die Klimakrise ist nicht national zu lösen und deshalb gilt es auch, Wege zu globaler Klimagerechtigkeit aufzuzeigen, fordern die Klimajournalist*innen in ihrer Charta: „Grundlegende Veränderungen unserer Art zu leben und zu wirtschaften sind umgehend nötig, um die Erderhitzung zu begrenzen. Der Globale Norden trägt durch den Kolonialismus und das Wachstumsparadigma seiner Ökonomien historisch die Verantwortung für die Klimakrise.“

Anregungen, wie globale Zusammenhänge vermittelt werden und Journalist*innen sich dabei unterstützen können, gab es auch beim „Tag des Auslandsjournalismus“ 2023. Um Betroffenheit bei den Menschen zu erzeugen, setzte Südostasien-Korrespondentin Lena Bodewein in der Berichterstattung auf Parallelen, etwa zwischen Überschwemmungen in Australien und Flut im deutschen Ahrtal. Mut machen könnten beispielhafte Lösungen, wie das „Zukunftslabor Singapur“, das demonstrierte, wie Städte Energie sparen, luftiger und grüner gebaut werden können.



2 Abbildungen aus Shutterstock: LightField Studios und SvetaZ. Montage: M / Petra Dreßler



Bodewein hatte auch Anregungen für Journalist*innen, die sich wehren wollen, wenn Medien gegenüber Politik und – insbesondere fossiler – Wirtschaft zu unkritisch sind, wie etwa in der Berichterstattung zu den Lützerath-Protesten gegen den Braunkohlebergbau. Sie verwies auf Australien, wo die dominierenden Murdoch-Medien wegen ihrer Nähe zu Kohleindustrie und Klimaleugnern versuchten, eine kritische Berichterstattung zu verhindern und konstatierte, durch internationale Teams und länderübergreifende Berichterstattung könne der Druck auf nationale Redaktionen erhöht werden, „ressortübergreifend das Klima-Thema zu co-vern, und Lösungen aus anderen Ländern zu zeigen“.

Klimajournalismus ist konstruktiv und alltagsnah

Ohne konstruktive Komponente sei Klimaberichterstattung heutzutage „gar nicht mehr möglich“, sofern man nicht Abwehr oder Depressionen beim Publikum erzeugen wolle, meinte Klimajournalistin und taz-Mitbegründerin Ute Scheub auf dem dju-Journalismustag 2023. Für die Lokaljournalistin Aline Pabst von der Saarbrücker Zeitung sollte es „eigentlich journalistischer Alltag sein“, Handlungsoptionen aufzuzeigen und Lösungen gegen Erderwärmung wie eine Verdunkelung der Sonne kritisch zu hinterfragen: „Die Leser*innen brauchen Klartext, wenn es um den Klimakollaps geht.“ Und Hinweise, was sie tun können: So werden Tipps zum Energiesparen „supergern gelesen“, sagte sie auf der nr24-Konferenz. Luise Strothmann von der taz betonte, man müsse „das Bedürfnis nach Selbstwirksamkeit“ bedienen, aber die Leser*innen nicht nur zum individuellen, sondern auch kollektivem Handeln animieren – etwa zur Gründung von Energiegenossenschaften.

Es stärkt das individuelle Bemühen um Klimaschutz, wenn strukturelle Hindernisse im Kontext von Alltagshandeln thematisiert werden. So hat das Recherchebüro Correctiv CO₂-Kompensationszertifikate vieler deutscher Erdgasversorger als „Ökogas-Lüge“ entlarvt. Die Versorgungsunternehmen ruderten zurück mit „Das haben wir nicht gewusst“ und klimasensible Verbraucher*innen forderten ihr Geld zurück.

<<

Kein Klimawandel nirgends

Rechte Narrative und Klimaleugnung in den Medien

Rechtspopulistische Bewegungen machen weltweit mobil gegen den Klimaschutz. Sie zeigen sich „skeptisch“ gegenüber dem Klimawandel und lehnen klima- und energiepolitische Maßnahmen ab. Ein Widerspruch: Obgleich „Klimaskepsis“ und die Leugnung des menschengemachten Klimawandels vielfach zentrale Positionen der politischen Rechten markieren, existieren auch gegenläufige Tendenzen in Bezug auf Umwelt- und Naturschutz. Denn auch Rechte waren stets in Umweltbewegungen zugegen. Das hat Tradition.

Seit der Entstehung von Naturschutzbewegungen Mitte des 19. Jahrhunderts seien „Einflüsse von völkischen und nationalistischen Ideologien wie die Gleichsetzung von Heimatschutz und Naturschutz“ zu erkennen, analysiert Linda Lütkes vom Sustainable Development Solutions Network (SDSN) Germany. <https://kurzlinks.de/nir-1>

Durch diese Verknüpfung werde auf die aus dem Nationalsozialismus stammende Blut- und Bodenideologie Bezug genommen. Natur- und Umweltschutz könnten also nicht zwangsläufig mit demokratischen Werten gleichgesetzt werden. Vielmehr beruhen die Motive der Akteure häufig auf rechten Denkmustern.

Eine aktuelle Publikation des Umweltbundesamtes (UBA) resümiert den Forschungsstand zu „umweltbezogenem Populismus“. <https://kurzlinks.de/nir-2>

Der Bericht listet sieben zentrale Narrative auf.

1. „Die Klimakrise ist inszeniert“:
Bestritten wird nicht nur die Existenz der Klimakrise, sie wird überdies als Konstrukt von Eliten dargestellt.
2. „Grüne Eliten wollen den Wirtschaftsstandort Deutschland zerstören“.
3. „Umweltpolitik ist per se sozial ungerecht“:
Ökologische Transformation gilt als Programm zulasten von prekär Lebenden.
4. „Die Öko-Diktatur droht“:
Klimapolitik wird als totalitär diffamiert und als Angriff auf traditionelle Lebensweisen bewertet.

5. „Klimapolitik ist irrationale Ideologie“:
Ausspielung des „gesunden Menschenverstandes“ gegen die wissenschaftliche Faktenlage.

6. „Globale Kräfte lenken den Nationalstaat“:
Richtet sich gegen „böse“ globale und elitäre Kräfte der EU, des Weltklimarates IPCC oder der UN.

7. „Klimapolitik zerstört Heimat und Natur“:
Instrumentalisierung negativer Zukunftsbilder zur pauschalen Ablehnung jeder Klimapolitik.

Die UBA-Studie nennt auch einige Akteur*innen des Anti-Klima-Populismus, etwa die AfD, den pseudowissenschaftlichen Verein „Europäische Institut für Klima und Energie (EIKE), Boulevardmedien sowie einschlägige rechtradikale Publikationen. Kein Zufall ist vor diesem Hintergrund die verbreitete und auch strategisch eingesetzte Wissenschaftsfeindlichkeit des Rechtspopulismus.

Kampf gegen Windmühlen

Fundamentale Schwächen in der deutschen Energiepolitik-Berichterstattung benennt am Beispiel der Windkraft die Studie „Vom Winde verdreht?“. <https://kurzlinks.de/nir-3>

Das zentrale Motiv in der Berichterstattung über den Ausbau der Windkraft sei in allen Publikationen der Wald, analysiert Georgiana Banita, Kulturwissenschaftlerin an der Universität Bamberg. Süddeutsche Zeitung und Spiegel reflektierten in ihren überwiegend windkraftbefürwortenden Texten sachlich den Stellenwert des Waldes. In den Narrativen konservativer Medien wie FAZ und Welt gehe es hingegen um einen „kulturübergreifenden Waldmythos“.

Der Kampf gegen Windmühlenflügel sei „kein Donquichottismus gegen neue Technologien, sondern in den Augen der Betroffenen Heimatwehr“, zitiert Banita einen Text des Welt-Autors Dankwart Guratzsch.

Von liberalen Medien werde die Verknüpfung rechter Narrative mit Naturschutz durchaus thematisiert. Die SZ habe darauf hingewiesen, dass Windparks nicht nur von Naturschützer*innen bekämpft würden, sondern auch von AfD-Politiker*innen, und zwar in unverhältnismäßig emotionalisierter Weise.

Besonders Twitter war lange Zeit ein Medium, in dem sich auch Klimawissenschaftler aus aller Welt gern ausgetauscht haben. Und das, obwohl Nutzer*innen bei der Eingabe von Hashtag #climate oder #klima relativ schnell bei Tweets von Klimawandelleugnern landeten und noch immer landen. Nach dem Besitzerwechsel des Kurznachrichtendienstes vor zwei Jahren konstatierten Medien wie der britische Guardian eine weitere Eskalation der klimaskeptischen Aktivitäten auf X. Denn Elon Musk, seit Oktober 2022 neuer Eigentümer der Plattform, hatte schnell die Content-Management-Teams entlassen und die Sperren für diverse prominente Klimaskeptiker mit Millionen von Anhänger*innen aufgehoben. Prompt wurden Klimawissenschaftler*innen zu „Blitzableitern für Hassreden und Todesdrohungen“, so Jennie King von der US-Denkfabrik Institute for Strategic Dialogue (ISD).

<https://kurzlinks.de/nir-4>

ISD analysiert und dokumentiert regelmäßig das Ausmaß von Klima-Desinformationen in sozialen Netzwerken, vor allem auch im Umfeld der Weltklimakonferenzen. Seit 2022 bezieht ISD auch Google und Facebook in seine Untersuchungen mit ein. Google habe zwar einst versprochen, Klimawandelleugnung kein Forum mehr zu bieten. Aber nach einer ISD-Studie werde rund die Hälfte aller Seiten von Klimaleugnern bei Googlesuchen unterstützt. Seit der Übernahme von Twitter durch Musk ist es dort um Klima- und Umweltthemen stiller geworden. Fast die Hälfte aller X-User mit diesem Schwerpunkt ist demnach mittlerweile inaktiv oder weicht auf Netzwerke wie Mastodon oder Bluesky aus.

Klimaskepsis schlägt Klimaleugnung im Internet

Laut Medienforscherin Jana Egelhofer von der Ludwig-Maximilian-Uni München lässt sich im rechten Milieu eine Verlagerung von grundlegendem Zweifel am Klimawandel hin zu Zweifeln an den Maßnahmen dagegen feststellen. „Mit einer solchen Form des Skeptizismus kann theoretisch eine größere Personengruppe erfolgreich angesprochen werden“, sagte Egelhofer dem österreichischen Standard. Der zugrunde liegende theoretische Ansatz unterscheidet zwischen Evidence, Process und Response Skepticism. „Evidence Skepticism verneint die Realität des Klimawandels, Process Skepticism kritisiert den wissenschaftli-

chen Prozess der Klimawandelforschung, und Response Skepticism kritisiert Regulierungsversuche.“

Auch die Nichtregierungsorganisation Center for Countering Digital Hate differenziert zwischen alten und neuen Narrativen in der Leugnung des Klimawandels. Alte Narrative sind demnach Aussagen wie „Es gibt den Klimawandel nicht“ oder „Von Menschen verursachte Treibhausgase sind nicht für den Klimawandel verantwortlich“. Eine Untersuchung von 12.000 Videos auf YouTube ergab: Im Jahr 2023 repräsentierten solche alten Narrative nur noch rund 30 Prozent des Materials. In Zeiten weltweiter Klimakatastrophen lässt sich plumpes Abstreiten offenbar kaum noch aufrechterhalten.

<https://kurzlinks.de/nir-5>

Zu den neueren Narrativen gehören dagegen Aussagen wie: „Die Folgen des Klimawandels sind harmlos.“ Oder: „Klimalösungen wie der Ausbau von Erneuerbaren werden nicht funktionieren.“ Oder: „Klimawissenschaft und Klimabewegung sind unzuverlässig.“

Neue Form des Leugnens

Kernaussage des Argumentationsstrangs rund um Regulierungsversuche des Klimawandels: Sie funktionieren nicht, seien ineffizient oder zu teuer, erklärte kürzlich Carel Mohn, der Chefredakteur des von der Mercator-Stiftung geförderten Internetportals Klimafakten, in einer Folge von „MDR Wissen“.

<https://kurzlinks.de/nir-6>

Diese neue Form des Leugnens von Klimawandel verzögere dann wichtige Klimaschutzmaßnahmen.

„Nicht ich, nicht jetzt, nicht so“, laute das Mantra der neuen Generation von Klimaleugnern, das immer neu an aktuelle politische Debatten angepasst werde. Hierzulande in jüngster Zeit an die Kontroversen um das Verbrenner-Aus, das „Heizungsgesetz“ oder den Atom- und Kohleausstieg. „Im Spannungsfeld zwischen dem rasant steigenden Transformationsdruck und dem Bedürfnis zur Aufrechterhaltung des Status Quo vertiefen sich gesellschaftliche Polarisierungstendenzen“, konstatiert ein Autorenteam des Jenaer „Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft“ (IDZ).

<https://kurzlinks.de/nir-7>

Und warnt: Die Gefahr der erhöhten Anschlussfähigkeit derartiger Positionen wachse.

Günter Herkel <<

„Alle sind bestürzt und dann geht es weiter wie bisher“

Carla Reemtsma, Klimaaktivistin, im Interview mit Till Schmidt



Menschen jeden Alters machen sich Sorgen um die Zukunft unseres Planeten. Carla Reemtsma ist eine deutsche Klimaschutzaktivistin und Mitorganisatorin des Schulstreiks Fridays for Future („Klimastreik“) in Deutschland. Als Sprecherin vertritt sie die Bewegung auch in der medialen Öffentlichkeit. Wir sprachen mit ihr über Kommunikationsstrategien, Aktivismus und guten Journalismus.

M | Am 1. August war der diesjährige Earth Overshoot Day, der Tag, an dem alle natürlichen Ressourcen, die die Erde innerhalb eines Jahres zur Verfügung stellen kann, aufgebraucht sind. Wurde dieses Datum in den deutschen Medien angemessen gewürdigt?

Carla Reemtsma | Über den Earth Overshoot Day wird zwar jedes Jahr viel berichtet – meist aber auf eine fast schon ritualisierte Art. Auf einmal wirken alle ganz bestürzt, und dem Thema Klimawandel wird dann für einen Tag mehr Raum als üblich gegeben, vielleicht auch auf Seite eins. Und tagsdrauf geht es zurück zum Business as usual. Wir haben ein enormes Wissen über die Klimakrise, ihre Folgen und auch über konkrete Bekämpfungsmöglichkeiten. Doch der Schritt zu einer wirklichen Veränderung wird nach wie vor nicht gemacht. An der Zeit um den Earth Overshoot Day kann man diese Dynamik sehr gut beobachten: Alle sind bestürzt und dann geht es weiter wie bisher.

Wie erklären Sie sich diese Diskrepanz zwischen Wissen und Handlung?

Häufig gehen wir davon aus, wir selbst wären bereit, etwas zu verändern. Aber weil wir davon ausgehen, dass die Menschen um uns herum nicht bereit für Veränderung sind, lassen wir es am Ende auch selbst bleiben. Dabei unterschätzen wir, wie sehr wir eigentlich in der Lage wären zu handeln. Hierzu trägt auch bei, dass wir gerade in Bezug auf die Klimakrise stark Botschaften konfrontiert sind, die fälschlicherweise nahelegen: dieses oder jenes sei nicht machbar, sei zu ungerecht, zu teuer oder schlecht für die Wirtschaft.

Es ist sehr einfach, am Status quo festzuhalten. Erst einmal erscheint das komfortabel. Früher oder später

werden wir uns aber in Zuständen bewegen, die für uns alle katastrophal und nicht mehr tragbar sind. Eigentlich wissen doch schon jetzt, dass wochenlange Temperaturen über 30 Grad wirklich alles andere als angenehm sind und unsere Städte und Infrastruktur darauf nicht ausgelegt sind. Doch die Glaubenssätze, eine umfassende Transformation könne nicht angegangen werden, sind in uns allen tief verankert. Von der fossilen Lobby und von Politikern, die nicht für Veränderungen nicht bereit sind, werden diese Glaubenssätze immer wieder nach vorne gebracht.

Für den 20. September riefen Fridays for Future, als deren bundesweite Sprecherin Sie aktiv sind, erneut zum globalen Klimastreik auf. Was genau fordern Sie? Wo gab es Unterschiede zu früheren Aufrufen?

Beim Klimastreik geht es selbstverständlich immer um das große Ganze. Darum, dass wir alles, was politisch und gesellschaftlich möglich ist, tun müssen, um die Klimakrise einzudämmen und um einen sozial gerechten Klimaschutz zu ermöglichen. An allererster Stelle heißt das: Wir müssen aufhören, Kohle, Öl und Gas zu verbrennen und eine vollständige Transformation hin zu den erneuerbaren Energien möglich machen. Daran messen wir alle politischen Parteien. Diese Forderung stand daher auch am 20. September, und damit ein Jahr vor der Bundestagswahl, wieder ganz im Vordergrund. Wir werden nicht müde, sie zu wiederholen.

Woher nehmen Sie und Fridays for Future als Bewegung die Energie und den Optimismus, dass es doch noch gelingen kann, das Ruder rumzureißen?

Ich denke nicht, dass Hoffnung oder Optimismus der zentrale Faktor dafür sind, bei Fridays for Future aktiv sein oder es zu werden. Mir selbst ist die Hoffnung ja nicht grundsätzlich als Gabe mitgegeben. Hoffnung entsteht für mich aber, wenn ich mit anderen Menschen zusammenschließe, auf die Straße gehe und mich für einen wirksamen Klimaschutz einsetze. Weil ich weiß, dass eine bessere Welt möglich ist und ich nicht mehr allein mit dem, was mir Sorgen macht. Dabei haben wir aber nicht unbedingt ein optimistisches, romantisches Bild von der Zukunft vor Augen, wie





Carla Reemtsma

Foto: Friederike Wetzels

sich das Manche vorstellen – eine Wiese voller Blumen und Solarpanelen oder so etwas.

Inwieweit sehen Sie radikale klimapolitische Forderungen, wie sie von FFF vertreten werden, in den deutschen Medien ausreichend und seriös gewürdigt?

Aktuell erleben wir eine enorme Unverantwortlichkeit der politischen Entscheidungsträger. Alle reden von Klimaschutz, um im nächsten Atemzug neue Gasfelder erschließen zu wollen oder das Verbrenneraus abzusagen. Genau an diesen Punkten sind meiner Meinung nach Journalist*innen gefragt.

Wie könnte ihrer Meinung nach ein faktenbasierter, differenzierter, aber dennoch politischer Klimajournalismus aussehen?

Ein fundierter Klimajournalismus muss den Anspruch haben, Fakten zu vermitteln und Menschen zu informieren – und damit dem öffentlichen Diskurs etwas entgegensetzen, der von Parolen über einen angeblichen „Verbotswahn“, Unwahrheiten oder einer krassen Diskrepanz zwischen Selbstdarstellung und Wirklichkeit geprägt ist. Journalist*innen müssen aus ihren Recherchen ja keine Wahlempfehlung ableiten. Vielmehr ginge es um einen Transfer; darum, auf Grundlage von wissenschaftlichen Erkenntnissen für die Bevölkerung herauszuarbeiten oder abzugleichen, was ausreichende, notwendige und sinnvolle konkrete Maßnahmen gegen den Klimawandel sind und wie umfassend die Krise ist.

Sehen Sie beim Klimajournalismus auch das Problem, dass Grenzen zwischen möglichst objektivem Journalismus und politischem Aktivismus verschwimmen?

Das Problem sehe ich viel eher in dem Vorwurf selbst. Gerade im Bereich Klima wird Journalist*innen ja sehr schnell unterstellt, aktivistisch oder einseitig zu argumentieren. Doch was ist daran problematisch, wenn man als Journalist*in für die eigenen Leser*innen die Emissionsbeschränkungen, die von Regierungen selbst gesetzt wurden, mit der Realität abgleicht? Oder konkrete Gesetze auf ihre klimapolitische Wirksamkeit oder Bedeutung prüft? Meiner Meinung nach wird der Vorwurf des Aktivismus meist eingesetzt, um Leute einzuschüchtern und sie in ihrer Glaubwürdigkeit zu diskreditieren.

Oft wird behauptet, es gäbe einen grundlegenden Zielkonflikt zwischen dem Kampf gegen den Klimawandel und der Herstellung oder Bewahrung von sozialer Gerechtigkeit. Was entgegnen Sie dieser Aussage?

Zuallererst ist die Klimakrise eine Gerechtigkeitskrise. Natürlich gibt es Klimaschutzmaßnahmen, die sozial ungerecht sind oder bestimmte Arbeitsplätze gefährden. Aber nicht jede Maßnahme oder Klimaschutz insgesamt tun das. An den Folgen der Klimakrise leiden ja nicht die gehobene Mittelschicht oder DAX-Vorstände am stärksten, sondern eben die Menschen im

globalen Süden und insgesamt eher marginalisierte Menschen. Und auf der Verursacherseite zeigt sich das Gerechtigkeitsproblem darin, dass reichere Menschen weitaus mehr CO₂-Emissionen verursachen als ärmere. Das ist in Deutschland und weltweit so. Daher ist der Kampf gegen den Klimawandel auch ein Schritt hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Es ist schon interessant, wie Parteien oder Menschen, die bislang wenig im Einsatz für soziale Gerechtigkeit aufgefallen sind, das Thema nun ausgerechnet beim Kampf gegen den Klimawandel für sich entdecken.

Welche Rolle spielt das Prinzip des ungebremsten Wirtschaftswachstums in ihrer Argumentation?

Klimaschädliches Verhalten steht uns nicht als Normalzustand zu. Genau dieser Normalzustand führt dazu, dass jetzt schon Menschen im Globalen Süden krass unter den Folgen der Klimakrise leiden und dass unsere zukünftige Generation de facto nur Aussicht auf eine Zukunft hat, die immer katastrophaler wird. Das müssen wir als Gesellschaft erkennen. Wir müssen ehrlich miteinander sein: In einer klimaneutralen Gesellschaft wird es bestimmte Dinge nicht mehr geben. So etwa Billigflüge oder den Anspruch auf eine extreme Mobilität. Wir sind nicht dazu berechtigt sind, uns alle in die maximale Scheiße zu reiten.

Junge Menschen in Deutschland blicken sehr pessimistisch in die Zukunft. Der Klimawandel bereitet ihnen aber, laut Stienlage, weniger Sorge als die Themen Inflation, teurer Wohnraum, die Kriege in Europa und Nahost und die Spaltung der Gesellschaft. Wie geht Fridays for Future mit diesen Befunden um?

Die Sorge über den Krieg oder die krasse Krise der Lebenshaltungskosten kann ich selbstverständlich absolut nachvollziehen. Auch in diesen aktuellen Krisensituationen ist es die Aufgabe der Politik, Antworten zu finden und die Menschen unterstützen, etwa durch Preisentlastungen. Doch auch in dieser Situation muss weitsichtig und mit Blick auf die Klimakrise gehandelt werden. Es geht um die großen Leitlinien, die sich ergeben aus den internationalen Klima-Abkommen, den nationalen Klimazielen und auch dem Grundgesetz, in dem der Schutz künftiger Generationen und Lebensgrundlagen verankert ist.

Auch bei Fridays for Future erleben wir, dass gerade jungen Menschen aktuell extrem verunsichert sind. Und dann überbringen wir ja auch keine frohe Botschaft, sondern kommen an mit einem weiteren harten Thema. Daher haben wir uns zum Ziel gesetzt, nicht nur gut und fundiert zu informieren, sondern auch aufzuzeigen: es kann besser werden, wir alle können mitdenken und mitgestalten, es gibt Handlungsoptionen, um das Horrorszenario zu verhindern – sofort und unmittelbar vor Ort. Dazu braucht es aber eine konsequente Ehrlichkeit darüber, dass das gute Leben für alle nicht mehr direkt vor der Haustür liegt.

<<

Schon entdeckt?

Engagierte Medien abseits des Mainstreams gibt es zunehmend mehr. Sie sind hochinteressant, aber oft wenig bekannt. Deshalb stellt M in jeder gedruckten Ausgabe und auf M Online einige davon vor:

graswurzel
revolution für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft



Seit über 50 Jahren gibt es die Zeitung Graswurzelrevolution, die sich für strikte Gewaltfreiheit einsetzt. Gerade in kriegerischen Zeiten ist ein solches Medium unverzichtbar. „Jeder Krieg ist für uns ein Verbrechen an der Menschheit und wir kämpfen mit Direkten Gewaltfreien Aktionen und Agitation dafür, alle Kriege zu stoppen“, lautet das Credo des überzeugten Pazifisten Bernd Drücke.

Seit 1998 ist der Soziologe Mitherausgeber der monatlich erscheinenden Graswurzelrevolution (gwr), deren Markenkern die Ablehnung jeglicher Gewalt ist. „Die Zeitung unterstützt antimilitaristische, emanzipatorische Bewegungen auf allen Seiten und benennt auch die Kriegsverbrechen aller Seiten“, beschreibt Drücke die Grundsätze der Zeitung. Gegründet wurde sie 1972 von einem Kreis gewaltfreier Sozialist*innen um Wolfgang Hertle, Wolfgang Zucht und Helga Weber. Sie lehnten nicht nur jegliche Staatsgewalt ab. Sie wandten sich auch gegen den Einsatz von Gewalt in der linken Bewegung. Dagegen schlugen sie Aktionen des Zivilen Ungehorsams vor, wozu Blockaden und Besetzungen gehörten.

In großen Teilen der Friedensbewegung der 1980er Jahre und der westdeutschen Anti-AKW-Szene wurde die gwr viel gelesen. Der Autor Lou Marin kann sich noch erinnern, dass er 1979 bei einem Anti-AKW-Festival seine erste gwr kaufte. „In der Ausgabe wurde intensiv der Aufruf „Waffen für Nicaragua“ diskutiert und dagegen Position ergriffen. Das hat mich sofort gepackt. Bis heute schreibt er selbst regelmäßig Texte für die gwr. In ihren Hochzeiten hatte die Zeitung eine Auflage von ca. 5000 Exemplaren. Heute sind es noch 3000 Zeitungen davon knapp 2400 Abos. „Ihr politischer Einfluss war jedoch stets größer als die Auflage,“ erinnert sich Lou Marin. Als größten Erfolg bezeichnet er die Debatten um dezentrale Aktionsstrategien in der Anti-AKW-Bewegung. Die Blockaden der Castorbehälter auf den Weg ins Wendland mobilisierten in den 1990er Jahren sehr viele Menschen.

Marin kann sich noch gut an die Zeiten erinnern, als die gwr mit Schreibmaschine produziert wurde. Heute ist nicht nur die Zeitungsproduktion technologisch auf dem neuesten Stand. Auch die Debatten, die in der Zeitung geführt werden, greifen aktuelle Themen auf. Es geht um Feminismus, Antifaschismus, gewerkschaftliche Kämpfe, Klimagerechtigkeit und wie soziale Bewegungen zusammenarbeiten können. Diese wichtige Stimme gerade in unruhigen Zeiten ist aktuell wegen finanzieller Probleme in Gefahr. Unter dem Motto „Rettet die Graswurzelrevolution“ werden dringend Spenden und Abonnent*innen gesucht. [Peter Nowak <<](#)

Fünf Tipps, um mehr Menschen mit Klimajournalismus zu erreichen

Guter Journalismus klärt über die Wirklichkeit auf, in der wir leben. Er ist sorgfältig recherchiert und wahrhaftig. Guter Journalismus ist aber nicht nur informativ, er hinterfragt auch Machtstrukturen. Das gilt für Klimafragen wie für jedes andere Thema auch. Und doch können beim komplexen Klimathema einige besondere Punkte beachtet werden:

1. Konstruktiv: Sprechen Sie über Lösungen und Handlungsoptionen für konkrete Klimaprobleme. Die Überzeugung, etwas bewirken zu können, ist eine zentrale Voraussetzung dafür, tatsächlich etwas zu bewirken, wie mehrere psychologische Verhaltensmodelle erklären.

2. Lokal: Der Klimawandel kann vielen Menschen weit weg erscheinen. Erzählen Sie Klimageschichten aus dem lokalen Umfeld, um Ihre Geschichte greifbarer zu machen. Verbinden Sie Ihre Geschichte mit dem täglichen Leben der Menschen. Nutzen Sie diese, um das größere Bild vorzustellen: die globalen Folgen des Klimawandels.

3. Präzise: Verwenden Sie eine präzise Sprache. Es wird angenommen, dass Alarmismus in Bildern und Sprache das Publikum desensibilisiert. Wörter wie „Notfall“, „Apokalypse“, „Untergang“ oder „Katastrophe“ können zu Nachrichtenmüdigkeit führen und Glaubwürdigkeit senken.

4. Gegenwärtig: Seien Sie sich der zeitlichen Abläufe Ihrer Berichterstattung bewusst. Etwas zu verstehen, das erst in 30 Jahren passieren wird, ist nicht einfach. Geschichten aus der Gegenwart oder der nahen Zukunft, können diese psychologische Distanz überwinden.

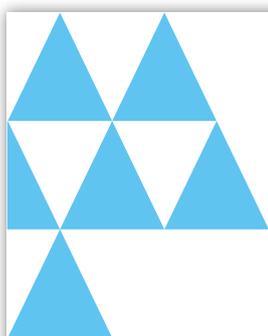
5. Sensibel: Denken Sie sorgfältig über Bebilderung nach. Geschichten können durch Bilder verstärkt werden. Dramatische, reißerische oder schockierende Bilder ziehen zwar die Aufmerksamkeit auf sich, können aber auch ein Gefühl der persönlichen Entmachtung und der Klimanachrichtenmüdigkeit hervorrufen.

Zum Weiterlesen: Effiziente Ansätze in der Klimakommunikation, UBA (Umweltbundesamt), 2024 – <https://kurzlinks.de/uba-1>

Foto: shutterstock / KT Stock Photos



Anzeige



**Deutsche
AIDS-
Stiftung**




**MEDIENPREIS 2023/24
HIVAIDS**

EIN PREIS DER DEUTSCHEN AIDS-STIFTUNG

Die Deutsche AIDS-Stiftung nimmt für ihren Medienpreis Beiträge zum Thema HIV/AIDS aus allen Mediensparten an. Die Beiträge müssen im Jahr 2023 oder 2024 erstmals in deutscher Sprache veröffentlicht worden sein.

Preisgeld: insgesamt 15.000 Euro
Einsendeschluss: 15. Januar 2025

Formlose Bewerbung an:
Deutsche AIDS-Stiftung
Münsterstraße 18 / 53111 Bonn
medienpreis@aids-stiftung.de
www.medienpreis-hiv.de

Förderer: **vfa** Die forschenden
Pharma-Unternehmen



Neue Perspektiven für Klimajournalismus

Besondere Zeiten brauchen einen besonderen Journalismus – ein Motto, das das im Juli gelaunchte deutschsprachige Medienprojekt „Neue Zukunft“ nicht aus werbestrategischen Gründen ausgegeben hat. Die Klimakrise und die Klimagerechtigkeitsbewegung erhalten in vielen Medien der Schweiz, Österreichs und Deutschlands ihrer Meinung nach nicht genügend Aufmerksamkeit. Gerade Gerechtigkeitsfragen erhöhen den Handlungsdruck im Zusammenhang mit den Folgen menschlichen Raubbaus an Ressourcen und Umwelt.

Gegen Informationslücken

„Viele Medien und Redaktionen verstecken sich hinter ihrer vermeintlichen Neutralität, die dann zur ‚False Balance‘ wird“, erklärt Neue Zukunft-Mitgründer Oliver Classen aus Zürich. Für ihn und seine Mitstreiter*innen ist klar: Diese Position wird der Klimakrise und ihren Konsequenzen nicht mehr gerecht. Denn die immer größer werdenden Informationslücken blockieren auch diejenigen, die sich angesichts der existenziellen Bedrohung engagieren und Vorschläge umsetzen wollen.

Die „Neue Zukunft“ will eben diesem Kreis explizit einen Ort bieten: „Wir betrachten die Klimagerechtigkeitsbewegung als wichtigsten Treiber für die notwendige gesellschaftliche Transformation“, so Classen. Man wolle mit dem Projekt näher an die hier relevanten Gruppen und Akteur*innen heranrücken, sie journalistisch begleiten und miteinander ins Gespräch bringen.

Dass das inzwischen dringend notwendig geworden ist, wird zur Zeit kaum jemand in Frage stellen. Zwar hat die noch bis vor etwa fünf Jahren stetig wachsende weltweite Pro-

testbewegung mit globalen Demonstrationen und Aktionen von Gruppen wie Extinction Rebellion, Fridays for Future, Just Stop Oil! in Großbritannien, Les Soulèvements de la Terre in Frankreich, oder der Letzten Generation in Österreich und Deutschland für mediale Aufmerksamkeit gesorgt. Auch die Räumung des nordrhein-westfälischen Dorfes Lützerath zur Erweiterung des RWE-Tagebaus Garzweiler brachte ungeahnt viele Gruppen und Menschen auf die Beine.

Klima und Bewegung

Gleichzeitig sind im Zuge von Pandemie-Maßnahmen, heftiger Repression, politischem Rechtsruck aber auch aufgrund von Diskussionen um Strategien oder zuletzt um die Haltung zum aktuellen Krieg im Nahen Osten ganze Teile der Bewegung diffundiert oder unter Druck geraten. Manche haben, wie beispielsweise der Verein für ein Klimavolksbegehren in Berlin, ihre Ziele verfehlt. Es kann sogar der Eindruck entstehen, der Protest gegen die Verantwortlichen von Erderhitzung und Extremwetter sei so geschwächt, dass er keine politische Wirkung mehr entfaltet.

Das zu validieren, hat sich das Team der „Neuen Zukunft“ deshalb als erstes vorgenommen. Der Titel der ersten Ausgabe des Video-Magazins lautete „Wie geht es weiter mit der Klimabewegung?“ – und neun befragte Expert*innen aus den drei deutschsprachigen Ländern gaben für die Sendung Auskunft über ihre Eindrücke und Analysen, darunter der Publizist Marcel Hänggi von der Schweizer Gletscherinitiative, der österreichische Skirennfahrer und Klimaaktivist Julian Schütter oder die Wissenschaftlerin und Mitgründerin der Letzten Generation in Deutschland, Lea Bonasera. Vor der zweiten Ausgabe

soll in einem Online-Panel mit weiteren Akteuren diskutiert werden, wie sich die Situation aus ihrer Sicht darstellt.

Sechs Monate haben die beteiligten Journalist*innen und Campaigner*innen an dem Format gearbeitet, dass neben der Videosendung weitere Informationsangebote umfasst: Zum Beispiel einen Podcast im Reportageformat sowie die interaktive Visualisierung „Newsmonitor“. Mit diesem lässt sich die aktuelle Berichterstattung zur Klimakrise auf den Websites von 12 deutschsprachigen überregionalen Medien beobachten. Darüber hinaus soll ein regelmäßiger Newsletter zur Auseinandersetzung von Geistes- und Sozialwissenschaften mit der Klimabewegung und ihren Themen erscheinen.

Newsmonitor für Berichterstattung

Themen dürfte die „Neue Zukunft“ auf Jahre hinaus genügend haben – nicht nur angesichts von Fluten, Hitzewellen und Dürren sondern auch im Hinblick auf eine enorm heterogene und wandelbare Bewegung gegen die Klimakrise. Denn neue Bündnisse – wie beispielsweise die Kampagne „Wir fahren zusammen“ bleiben vielleicht unter dem Radar vieler Medien, aber entfalten inzwischen in über 40 deutschen Städten eine Zusammenarbeit zwischen ver.di und Fridays for Future. Ein Hinweis, dass eine andere Zukunft möglich ist – oder eben eine „Neue Zukunft“.

Claudia Krieg <<

Hinweis: Claudia Krieg ist Mitglied der zur Zeit ehrenamtlich arbeitenden Redaktion der „Neuen Zukunft“

Links

<https://www.neuezeitung.info>

<https://www.wir-fahren-zusammen.de>



Journalistisch arbeiten mit Klimaverantwortung

Journalist*innen berichten nicht nur über die Klimakrise, sie erzeugen durch ihre Arbeit auch selbst schädliche CO₂-Emissionen. Deshalb haben freie Medienschaffende bereits 2023 den gemeinnützigen Verein „CO₂mitted Media“ gegründet. Die Umweltschadenskosten journalistischer Arbeit sollen ermittelt und den Auftraggeber*innen in Rechnung gestellt werden, um sie dann an einen Nachhaltigkeitsfonds zu spenden.

„Kaum eine Branche weiß so viel über effektive Ansätze und Lösungen im Klimaschutz wie die Medienindustrie. Statt selbst nur über diese Maßnahmen zu berichten, möchten wir, dass alle Medienschaffenden aktiv Teil der Lösung werden können – egal, ob großes Medienhaus oder Freiberufler*in“, sagt Florian Sturm, freier Journalist und erster Vorsitzender von „CO₂mitted Media“. Ziel sei ein Klimaschutz jenseits der klassischen und umstrittenen Treibhausgas-kompensation, mit der etwa Flüge „klimaneutral“ werden sollen.

Wie Freie Klimakosten in Rechnung stellen

Ein Medienhaus werde „nur gänzlich klimaverantwortlich handeln können, wenn es alle Aspekte der Medienproduktion entlang der gesamten Wertschöpfungskette in seiner Strategie berücksichtigt“, so Sturm. Und das beinhalte auch die CO₂-Bilanz von Freien, die den Großteil der journalistischen Inhalte lieferten. Freie Journalist*innen sollten ihre nicht vermeidbaren Umweltfolgekosten mit dem kostenfreien Online-Klimarechner von „CO₂mitted Media“ ermitteln. Dieses Tool wurde zusammen mit KlimAktiv konzipiert, das seit Jahren in der CO₂-Bilanzierung mit zahlreichen Kommunen, Unternehmen und dem Umweltbundesamt zusammenarbeitet. Erfasst werden CO₂-Äquivalente, kurz CO₂e, die als Maßeinheit dienen, um die klimaschädlichen Auswirkungen von Treibhausgasen wie Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄), Lachgas (N₂O) zu quantifizieren. Der

auf journalistisches Arbeiten abgestimmte Online-Rechner ermittelt alle CO₂e, die durch Mobilität (etwa Pkw oder ÖPNV), Verpflegung und Übernachtung sowie Arbeitstage im Homeoffice entstanden sind.

Die Freien sollen die errechneten Umweltschadenskosten für ihre Beiträge auf die Honorare aufschlagen. Ein durchschnittlicher Acht-Stunden-Arbeitstag am Schreibtisch verursache etwa 1,58 Kilogramm CO₂e. Das entspreche einem Klimabeitrag von 0,38 Euro. Bei Recherchereisen wird es teurer: 200 Kilometer Bahnfahrt, eine Hotelübernachtung, drei vegetarische Mahlzeiten und vier Arbeitstage im Homeoffice summieren sich auf einen Klimabeitrag in Höhe 6,45 Euro. Über ein Dutzend Redaktionen und Auftraggeber*innen hätten den Klimaaufschlag bereits bezahlt, so Sturm. Dazu zählen unter anderem Medium Magazin, das Schweizer Greenpeace Magazin, Science Notes, Stern und Spektrum der Wissenschaft.

Statt Freikaufen reale Folgekosten übernehmen

Den eingezogenen Klimabeitrag können Freie dann an den „CO₂mitted Media-Nachhaltigkeitsfonds“ spenden, der treuhänderisch von der Klimaschutz+Stiftung verwaltet wird. Mit dem Geld wird zunächst der Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland gefördert. Danach geht die Unterstützung weltweit an Projekte, die jährlich per Onlineabstimmung von den Spender*innen und zugleich Fonds-Teilhabenden vorgeschlagen und ausgewählt werden.

Etliche Medienhäuser hätten zwar Nachhaltigkeitsstrategien oder zumindest einzelne Klimaschutzmaßnahmen, doch die Kompensation der Emissionen über den Kauf spottbilliger Zertifikate, sei „höchst fragwürdig“, so Sturm. Statt des Freikaufens von der Klimaverantwortung mit Kompensationszertifikaten für 20 bis 27 Euro je Tonne CO₂e, sollen die vom Umweltbundesamt berechneten realen sozio-ökonomischen Folgekosten übernommen werden. Diese betragen derzeit mindestens 237 Euro. **Bärbel Röben <<**

Der Verein
[https://
 co2mitted-media.org/](https://co2mitted-media.org/)

Viel gutes Klima in Sozialen Medien

Ampel zu mehr Klimaschutz verurteilt“ oder „Esst mehr Insekten“ – mit solchen Schlagzeilen auf Instagram und Co. versuchen Medienhäuser junge Menschen zu erreichen. Denn besonders die Generation Z, die mit Social Media aufgewachsen ist, interessiert sich für Klima- und Umweltthemen. Doch inwieweit passen Redaktionen ihre klimajournalistischen Beiträge der algorithmischen Plattformlogik an? Das untersucht Vanessa Kokoschka, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hochschule Darmstadt, in ihrer Dissertation zu „Journalistische Autonomie auf Plattformen“.

Mittels Inhaltsanalyse, Befragung und Beobachtung erforscht Kokoschka, welchen Einfluss Empfehlungssysteme auf redaktionelle Entscheidungen haben. Digitale klimajournalistische Formate, die von der Zielgruppe der 14- bis 29-Jährigen am meisten genutzt werden, ermittelte sie auf den Plattformen Instagram, TikTok und Youtube.

Außer der Reichweitenstärke sei ihr bei der Auswahl für die Inhaltsanalyse auch ein Mix aus öffentlich-rechtlichen (WDR, Deutsche Welle) und privaten Medien (taz, Burda, Vox Media) wichtig gewesen, so Kokoschka im Gespräch mit M. Auffallend sei, dass Vox Media sein Format „NowThisEarth“ auf allen drei Plattformen in gleicher Gestaltung nur mit Bildern präsentiert – „vermutlich mangels personeller Ressourcen“.

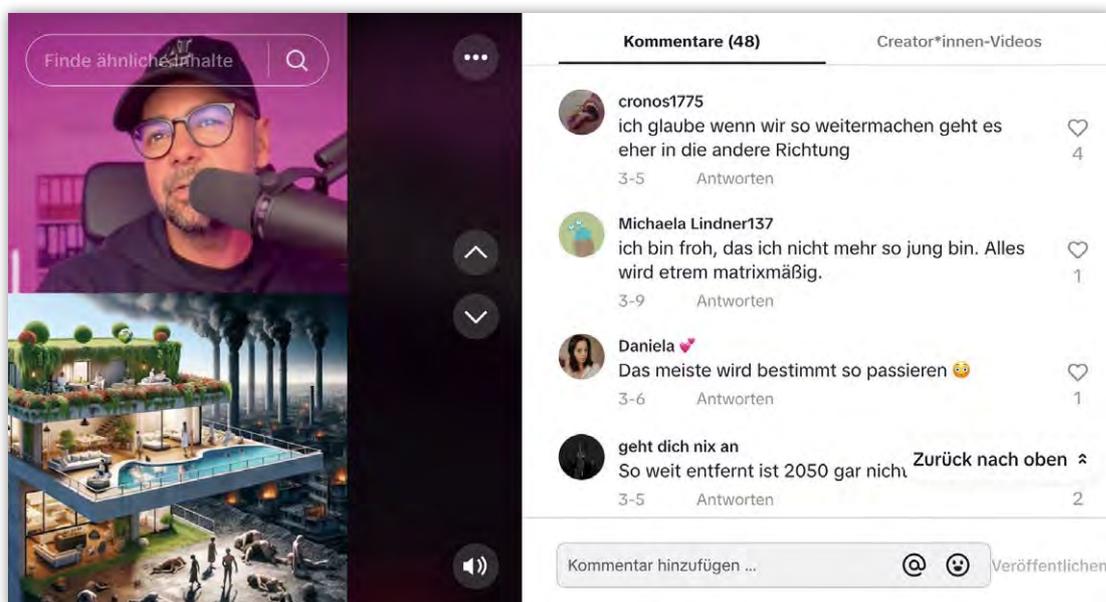
Reine Bildformate dominieren auf TikTok und Youtube, während auf Instagram Bild, Video und Text gleichermaßen genutzt werden. Das Ranking klimajournalistischer Beiträge nach Inhalt und ihr Framing verändern sich im Laufe der Zeit. Während Biodiversität im gesamten Erhebungszeitraum durchgängig am zweithäufigsten thematisiert wird, steht das Thema „Energie“ zunächst an der Spitze, wird dann aber verdrängt durch „individuelle Konsumententscheidungen“, die zuvor auf Platz vier standen.

Konsumententscheidungen trenden

Zwischen dem 27. November bis zum 17. Dezember 2023 – also rund um die UN-Klimakonferenz in Dubai 2023 (COP 28) – dominieren Themen zu Energiefragen, die politisch gerahmt werden. So berichtet „Klima.neutral“ (WDR): „Ampel zu mehr Klimaschutz verurteilt. Wissing und Geywitz müssen nachliefern“. Die „klimataz“ informiert über die Verlängerung der COP mangels Einigung auf den Ausstieg aus fossilen Energien und „PlanetA“ (DW) erklärt auf TikTok, „was man über die Weltklimakonferenz wissen sollte“.

Ab dem 18. Dezember 2023 bis zum 4. Februar 2024 – somit im nicht ereignisbezogenen Zeitraum – dominiert ein Alternativen-Frame mit Themen rund um individuelle Konsumententscheidungen. Auf TikTok fragt das „2050magazin“ (Burda) „Wie geht vegan auf dem Weihnachtsmarkt?“, auf Instagram zieht die Berliner Comedy-Queen Gazelle eine „ehrlische Ökobilanz“.

Beispiel Tiktok
2050magazin (Burda)





Abbildungen auf 18-19: Screenshots

Beispiel Instagram Klima.Neutral (WDR)

„Was mich persönlich am meisten überrascht, ist die fehlende subjektive Erzählweise, die eigentlich Social-Media-Formate trägt“, sagt Vanessa Kokoschka und erläutert, in vielen Formaten sei kein Host zu sehen und wenn er auftauche, dann nur um Infos zu vermitteln, keine persönliche Meinung. Alles sei ziemlich „sachlich gestaltet“. Zur Anschlusskommunikation stellte sie fest, dass fast alle Beiträge von Usern kommentiert, aber nur etwa ein Fünftel durch die Redaktion moderiert werden. Während es auf TikTok und Youtube kaum Anschlusskommunikation gebe, sei der Austausch auf Instagram intensiver. Kommentarspalten würden hier aber nur von „Klima.neutral“ konsequent moderiert. Der WDR habe dafür eigens eine Community-Managerin angestellt. Durch Call to Actions in ihren Beiträgen rufe die Redaktion zur Interaktion auf und trete mit ihrer Community dann auch aktiv in den Austausch.

Im technischen Korsett

Kokoschka resümiert, die Redaktionen passten sich unterschiedlich stark an die Vorgaben der Plattformen an. Inhaltlich versuchten sie, autonom zu bleiben und Themen selbst zu setzen, bei den Darstellungsformen orientierten sie sich zumeist an den Plattformlogiken. So habe die Deutsche Welle kurze Videos auf TikTok und längere auf Youtube. Manchmal würden Vorgaben der Plattform aber auch nicht eingehalten. Vox Media etwa zeige in „NowTheEarth“ nur Bilder statt Videos auf TikTok, da die Redaktion für alle Plattformen das gleiche Format präsentiert.



Zu den nächsten beiden Forschungsschritten – Befragung von Redaktionen und Beobachtung ihrer Arbeit – konnte Vanessa Kokoschka erste Eindrücke bei „Klima.neutral“ im WDR sammeln. Die Redaktion fühle sich „inhaltlich autonom, aber durch die technischen Vorgaben in ein Korsett gedrängt, bestimmte Darstellungsformen zu bedienen“, berichtet sie, denn bei den Plattformlogiken „stochern sie im Nebel“.

Beispiel Youtube klima:neutral (Klimastiftung für Bürger in Zusammenarbeit mit objektiv media)

Während sie die Redaktion besuchte, konnte sie beobachten, wie die Journalist*innen dort auf die technischen Herausforderungen reagieren. Instagram wollte „politische Inhalte“ durch eine algorithmische Änderung drosseln, wobei unklar blieb, was darunter verstanden wurde: Statements von Politiker*innen und Parteien? Die Redaktion versuchte gegenzusteuern und veröffentlichte ein Erklärvideo, in dem sie ihre Nutzer*innen aufforderte, bei ihren persönlichen Einstellungen ein Häkchen hinter „politische Inhalte“ zu setzen, um weiterhin solche Informationen von „Klima.neutral“ zu erhalten. **Bärbel Röben <<**

Klim:S²¹Das Spiel
zur Klimaanpassung

Abbildungen: Screenshots der Hersteller-Internetseiten

Welcome to Planet B

Wie Computerspiele Lust auf Klimaschutz machen können

Die Bürgermeisterin muss sich entscheiden: Soll zuerst ein Frühwarnsystem vor Springfluten eingerichtet oder neue Möglichkeiten zum Schutz vor Hitze geplant werden? Und sollen diese neuen Schutzmaßnahmen besonders günstig oder lieber besonders nachhaltig sein?

Im Spiel **Klim:S21**, das vom Spielestudio Gentle Troll im Auftrag des Bundesumweltministeriums erstellt wurde, geht es um genau diese Fragen. Das Spiel richtet sich vor allem an Schüler*innen und soll komplexe Entscheidungsmöglichkeiten in Zeiten des Klimawandels erfahrbar machen. Das Spiel kombiniert dabei die Auswahl von verschiedenen Handlungsmöglichkeiten mit der Ausrichtung von Politik am Willen der Wählenden. Zentral ist dabei die Erfahrung von Handlungsmöglichkeiten und das Erzeugen von Handlungsbereitschaft für Ereignisse, die erst in ferner Zukunft erfahrbar werden. Für die Wissenschaftskommunikation ist dies eine der zentralen Fragen in der Vermittlung von Klimawandelfolgen. Das Spiel setzt dabei auf Lerneffekte durch Spielen.

Digitale Spiele können, genau wie andere Medien, Einfluss auf das menschliche Verhalten haben. Sie können die Motivation steigern und Anreize bieten, neues Verhalten auszuprobieren und dies in Spielen, in einem überschaubaren Rahmen, zu erproben. Dies

führt zu einer Fülle an Spielen, die die Klimakrise mitverhandeln. Klimawandel-Spiele decken dabei eine breite Palette verwandter Themen ab, von Stadtentwicklung, dem CO₂-Fußabdruck, Landnutzungsmodellen, Landwirtschaft, Wassermanagement und sogar die Simulation von Klimaverhandlungen.

Umsatzstarke Spiele wie **Die Sims** oder **Civilization** sind Ausdruck dieses Zuwachses. Bereits im Jahr 2020 hielt mit dem Erweiterungspack „Nachhaltig Leben“ der ökologische Fußabdruck Einzug in die Computerspielwelt der Sims. Spieler*innen können dort eine Nachbarschaft ökologisch transformieren und von einer verdreckten, von Umweltverschmutzung geprägten Welt mit Entscheidungen wie Wärmepumpen, Solarpanelen und Windrädern in der Nachbarschaft ihre Ökobilanz verbessern. Auch der individuelle ökologische Fußabdruck kann mitgespielt werden. Dabei zeigt das Spiel immer wieder Handlungsalternativen im Alltag auf: Bäume pflanzen, Recycling und Containern machen den Sims besonders viel Spaß. Interessant ist auch der Unterschied zu anderen Games: Das Crafting, also das Herstellen neuer Utensilien aus alten Materialien, ist im Spiel beispielsweise auch aus Gegenständen, die im Müll gefunden werden, möglich. Bei anderen Games ist Müll der letzte Rest des Craftingprozesses, der als wertloser Gegenstand zurückbleibt. Bei den Sims wird Müll als wertvoller Rohstoff, aus dem Neues entstehen kann, gesehen.



Gibbons retten sich über zerstörte Umwelt

Der reale, ökologische Fußabdruck von Games ist dabei immer noch beträchtlich. Wer mit Konsole und Fernseher spielt, bläst bei durchschnittlicher Nutzungsdauer etwa 363kg CO₂ jährlich in die Luft, wer über das beliebteste Spielgerät der Deutschen, das Smartphone, spielt, etwa 40kg. Zur Erinnerung: Der durchschnittliche CO₂ Ausstoß pro Person in Deutschland liegt derzeit bei etwa 11 Tonnen pro Jahr. Gaming hat wenig Einfluss auf die gesamtgesellschaftliche Ökobilanz.

Die gesamtgesellschaftliche Ökobilanz lässt sich in der Civilization-Reihe beeinflussen. Das Spiel lässt Spieler*innen den menschlichen Fortschritt über neue technologische Errungenschaften stets selbst entscheiden und so alternative Gesellschaften simulieren.

Gathering Storm – Civilization VI



Bei **Civilization VI** – Gathering Storm werden Naturkatastrophen abhängig CO₂-Emissionen ausgelöst, die Spieler*innen können diese durch den Bau grüner Technologien verringern. Auch der Anstieg der globalen Temperatur ist Teil des Spiels. Die Lösung liegt, wie im Spielmechanismus von Civilization üblich, in technologischem Fortschritt. Den Spieler*innen werden Anreize geboten, wenn sie nicht ständig von Naturkatastrophen geplagt werden wollen, in Richtung einer ökologischen Transformation zu forschen. Dabei löst das Spiel eine der zentralen Fragen der Klimaforschung fast wie nebenbei. Es vermittelt die Notwendigkeit präventiver Maßnahmen und erklärt, wie in der Gegenwart Handlungsbereitschaft für Ereignisse entsteht, die erst in ferner Zukunft erfahrbar werden. Durch die Beschleunigung des zeitlichen Ablaufs werden die Folgen der eigenen Handlungen der Vergangenheit im Spiel direkt erfahrbar und Auswirkungen spürbar.

Im Spiel **Floodland** hingegen lebt man bereits in einer vom Klimawandel zerstörten Welt und muss seine Vorstellung zu immer neuen Gemeinschaften bringen. Dabei entscheiden sich die Spieler*innen, für welche Werte sie kämpfen wollen: Libertäre, hierarchische oder gemeinschaftliche. Die Auseinandersetzungen mit anderen Gemeinschaften sind dabei also nicht als Freund-Feind-Idee von vornherein gesetzt, sondern werden sozial ausgehandelt. Die anderen Gemeinschaften teilen entweder diese Werte - oder sie müssen besiegt werden.

Eco-Games setzen aber auch auf Empathie für nichtmenschliche Wesen. Durch das Spielen nichtmenschlicher Charaktere findet eine

Übertragung statt. Die menschliche Perspektive wird verlassen und eine andere Perspektive auf die Welt ermöglicht. Im Spiel **Endling** spielt man eine Fuchsfamilie (Abb. rechts), die durch eine von der Industrie und Klimawandel geprägte Welt läuft. Man wird zum Care-Taker der Familie, versucht Nahrung zu finden und stößt in zerstörten Landschaften zunehmend auf Probleme bei der Nahrungssuche. Stirbt ein Familienmitglied, wird auch die musikalische Umgebung des Spiels trister und weniger komplex.

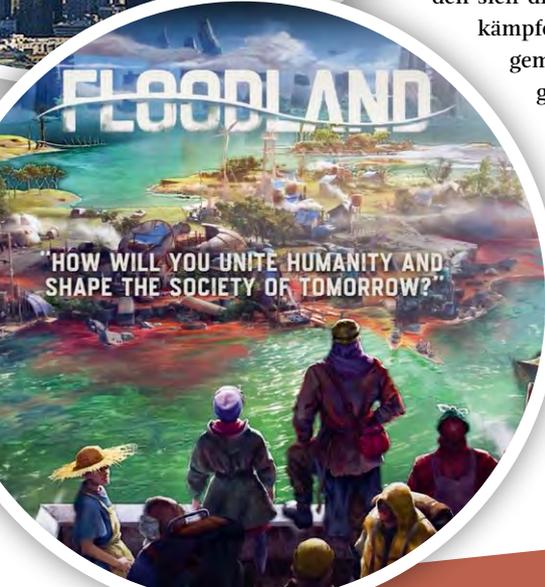


Auch das Spiel **Gibbon** setzt auf einen ähnlichen Mechanismus, indem ein Menschenaffe durch den Urwald navigiert werden muß. Dieser wird durch Expansion des menschlichen Lebensraums immer kleiner und das Spiel damit schwieriger.

Können Spiele zu einem ökologischen Bewusstsein beitragen? Spiele werden sicherlich nicht das Verhalten der Spieler*innen prägen, sie können jedoch Handlungsalternative aufzeigen und die Motivation – auch im Alltag – erhöhen, sich für ökologischere Verhaltensweisen zu entscheiden, da sie bereits spielerisch erprobt wurden.

Dies hat auch die Politik erkannt. Neben dem bereits erwähnten Klim S:21, das das Bundesumweltministerium förderte, sind auch das Umweltbundesamt, das Auswärtige Amt und die UN in den Bereich der Gameförderung zur Kommunikation von Klimakrisenfolgen eingestiegen. Das Programm der UN holt dabei große Gaming-Studios mit an Bord. Der Begriff des Klimawandels ist hier weit gefasst. Vom Schutz des Regenwaldes bis zu Ernährungsfragen fallen viele Themen unter den Begriff des Eco-Gamings. So gibt es beispielsweise bei Angry Birds Events, die sich mit der Artenvielfalt im Regenwald beschäftigen und PacMan ruft zum Schutz der Himalaya-Region auf.

Viele Games schaffen es, Klimawandel als etwas zu zeigen, das händelbar ist, das durch politische Maßnahmen angegangen werden kann und schaffen es, mit positiven Emotionen freiwillige Handlungsbereitschaft zu erzeugen. Sie erzählen von einem alternativen Planeten, auf dem Klimawandel eine Herausforderung ist, die Spaß macht und Möglichkeiten zur Gestaltung bietet. So entstehen Handlungsmöglichkeiten und alternative Erzählungen, die Lust wecken, den Klimawandel aktiv anzugehen. **Fabian Raith <<**



Klimaprotest erreicht Abendprogramm

Wie über Klimaproteste berichtet wird



Am 20. August 2018, setzte sich die damals 15jährige Greta Thunberg mit dem Schild „Skolstrejk för Klimatet“ vor das Parlament in Stockholm. Das war die Geburtsstunde von Fridays for Future (FFF) – einer Bewegung, die nach ersten Medienberichten international schnell anwuchs. Drei Jahre zuvor hatte sich die Staatengemeinschaft auf der Pariser Klimakonferenz (COP 21) völkerrechtlich verbindlich darauf geeinigt, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen.

Aus diversen nationalen Kundgebungen schwoll die Bewegung zu globalen Klimastreiks an. Allein in Deutschland demonstrierten am 20. September 2019 etwa 1,4 Millionen Menschen, davon 270.000 in Berlin. Längst hatten sich weitere Klimagruppen gebildet, z.B. Extinction Rebellion, Ende Gelände sowie Scientists for Future.

Begünstigt wurde der Aufstieg von FFF durch „eine quasi-symbiotische Beziehung zu den Massenmedien“, so Dieter Rucht in seiner 2019 in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ erschienenen Analyse „Faszinosum Fridays for Future“. Darin registrierte er markante Unterschiede zwischen der Berichterstattung konservativer und linksliberaler Printmedien. Organe mit wirtschaftsfreundlicher redaktioneller Leitlinie bezogen demnach eine eher kritisch-distanzierte, teilweise sogar entschieden ablehnende Position.

Zwischen Herablassung und Würdigung

Kritiker der Klimabewegungen monierten – analog zur herablassenden Haltung des deutschen Finanzminister Christian Lindner, die Klimaschutzpolitik doch besser „den Profis zu überlassen“ – die politische Unbedarftheit der Demonstrieren-

den, ihren moralischen Rigorismus, die Katastrophenrhetorik. Auch warnten sie vor der Gefahr einer schleichenden Radikalisierung der Bewegung. Weitaus wohlwollender und verständnisvoller fiel die Bewertung im progressiven Pressespektrum aus. Andere Medien wie der Spiegel und einige Regionalblätter stellten positive wie kritische Kommentare nebeneinander.

Nicht wenige Medien boten FFF-Protagonist*innen Raum für Interviews und Kommentare. Allerdings kam und kommt in den überregionalen Medien nur ein beschränkter Personenkreis zum Zug. Hierzulande ist es vor allem die Aktivistin Luisa Neubauer. Auch ARD und ZDF sprangen früh auf den FFF-Zug auf, verhielten sich in ihrer Kommentierung aber meist zurückhaltender als die Printmedien.

Dazu trugen auch die disziplinierten Medienauftritte der FFF-Protagonist*innen bei, gepaart mit vergleichsweise moderaten politischen Kernforderungen: Einhaltung der Zusagen des Pariser Klimaabkommens, Reduktion des Flugverkehrs, Vorverlegung des von der Kohlekommission für 2038 angesetzten Ausstiegs aus der Braunkohle um acht Jahre, etc. Auf Forderungen nach radikaleren Eingriffen in kapitalistische Marktmechanismen verzichtet die Bewegung bis heute. Das unterscheidet sie von Gruppierungen wie Ende Gelände oder Extinction Rebellion, deren radikaleren Aktionen in Form zivilen Ungehorsams in den meisten Medien weitaus kritischer begegnet wurde.

FFF enthalte ein für die bürgerlich-liberale Öffentlichkeit attraktives Angebot in seiner „Mischung aus jugendlicher Frische und Fröhlichkeit, der Heroisierung von Idolen, der frechen Renitenz des Schulstreiks, dem Schauer der Katastrophenlyrik und der damit kontrastierenden Mäßigung von Forderungen und Aktionsformen“, resümierte Rucht.

Neben „Fridays for Future“ zog seit 2022 die „Letzte Generation“ die meiste mediale Aufmerksamkeit auf sich. Das lag vor allem an den speziellen Aktionsformen dieser Klimaaktivist*innen: Straßenblockaden mittels Selbstanklebens auf der Fahrbahn, Puddingattentate in Museen oder Sprüh- und Farbaktionen an historischen Monumenten, beispielsweise am Brandenburger Tor.

In ihrer Masterarbeit von 2023 verglich die Journalistin Elise Hulata die Öffentlichkeitsstrategie der Aktivist*innen mit der TV-Berichterstattung von ARD und ZDF im Jahr 2022. Analysiert wurden 20 Beiträge mit einer Gesamtlänge von drei Stunden und 45 Minuten. Eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse publizierte Hulata vor einem Jahr auf dem Internetportal „Klimareporter“. Der bezeichnende Titel: „Klimaprotest erreicht Abendprogramm, Klimakrise nicht“.

Inhalte kommen zu kurz

Das ernüchternde Fazit Hulas: Kaum einer der TV-Beiträge habe das Anliegen der Aktivist*innen in seriöser Form aufgegriffen. Dabei waren die konkreten Forderungen der „Letzten Generation“ nicht sonderlich radikal: Ein dauerhaftes Neun-Euro-Ticket sowie ein Tempolimit von 100 km/h. Diese Forderungen wurden in 40 Prozent der analysierten Beiträge kaum oder gar nicht erwähnt. Die Politik als eigentliche Zielscheibe der Proteste kam in der Berichterstattung vergleichsweise gut davon. In 80 Prozent der analysierten Medienbeiträge sei es um die Meinung der Politiker*innen gegangen, „nicht aber um das, was die Letzte Generation ihnen vorwirft: unzureichende Klimapolitik“.

Schon früh ahnten Beobachter, dass die Aktionsformen der Bewegung wahrscheinlich von den Inhalten ihres Protests ablenken könnten. Genauso kam es. In der medialen Öffentlichkeit ging es schon

bald hauptsächlich um die Frage, ob es sich bei den Aktivisten um Terroristen oder eine „kriminelle Vereinigung“ handle. Eine Perspektive, die auch in mehr als 50 Prozent der von Mulata untersuchten Beiträge eingenommen wurde. So provozierte der Tod einer überfahrenen Radfahlerin am Rande eines Klimaprotests in Berlin viele wütende Kommentare über die vermeintliche Mitschuld der Aktivist*innen. Da verwundert kaum noch, dass bei den Berichten über die Letzte Generation der politische und wissenschaftliche Kontext ihres Protests weitgehend ausgespart wurde.

Repression gegen Aktivist*innen

Umso rigoroser ist dagegen das Vorgehen vor allem der bayerischen Justiz gegen die Aktivist*innen. Die höchst umstrittenen Maßnahmen reichen von Wohnungsrazzien über mehrtägige Präventivhaft bis hin zum Abhören eines Berliner Pressetelefons der Letzten Generation durch die Münchner Generalstaatsanwaltschaft von November 2022 bis April 2023. Kritik daran kam vor allem von Reporter ohne Grenzen und der „Gesellschaft für Freiheitsrechte“. Ein Großteil der Medien

hielt sich dagegen in der Kommentierung auffallend zurück.

Schlimmer noch: „Landgericht stuft Letzte Generation als kriminelle Vereinigung ein“, titelte Zeit online im November 2023, obgleich das Münchner Gericht lediglich von einem „Anfangsverdacht“ gesprochen hatte. Für diese unzulässige Vorverurteilung kassierten neben Zeit online auch die Online-Ableger von Bild, BZ, Welt und Sächsischer Zeitung sowie die Redaktion der Rheinischen Post eine Rüge des Presserats.

Anfang 2024 gab die Letzte Generation bekannt, keine Straßen mehr zu blockieren. Seitdem, so ein Kommentar der taz, ziehe sie „deutlich weniger Hass, aber auch deutlich weniger Aufmerksamkeit auf sich“. Im Juni verpasste die Gruppe mit dem bescheidenen Stimmenanteil von 0,3 Prozent den Einzug ins Europaparlament. Nach einigen Startbahn-Blockaden auf deutschen Flughäfen schwoll zuletzt der mediale Empörungsturm wieder an. Allen voran die Boulevardpresse wettet massiv gegen „Klima-Chaoten“ und „Terroristen“ und fordert Staat und Justiz auf, die Akteure mit der ganzen Härte des Gesetzes zu bestrafen.

Dagegen appelliert Elisa Hulata an die Medien, ihrer Verantwortung für eine angemessene Berichterstattung über die Klimakatastrophe nicht auszuweichen. Es dürfe nicht sein, „dass durch die überwiegende Fokussierung auf mögliche Straftaten alle Informationen über den fortschreitenden Klimawandel und die ungenügende deutsche Klimapolitik untergehen“. Auch FFF hat in den Medien sukzessive an Sympathie verloren. Schon Ende 2021 konstatierte Roland Schatz, Institutschef des Media Tenor im „Spiegel“, der „mediale Honeymoon“ zwischen den Journalisten und Fridays for Future sei „in den Tiefen des Lebens gelandet“. Sein Resümee: „Vielfalt begeistert, Protest ohne konkrete umsetzbare Vorschläge ermüdet.“

Neuerdings setzt FFF auf eine Bündelung der Kräfte. Am 1. März 2024 streikte man gemeinsam mit ver.di unter dem Motto „Wir fahren Zusammen“ für mehr Klimaschutzmaßnahmen sowie den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs. Die Botschaft dieses Bündnisses mit den Beschäftigten im Verkehrssektor: Klimaschutz ist nichts Elitäres, sondern geht alle an.

Günter Herkel <<

Foto: Shutterstock/ Canetti



Die letzte Möglichkeit

Für Journalist*innen im Exil ist es schwer, in ihrem Beruf zu arbeiten. Gerade wenn sie aus Ländern kommen, die wenig im Fokus des öffentlichen Interesses stehen.



„Ich gehöre zu den Privilegierten“, sagt Omid Rezaee im Gespräch mit M. Der heute 34-jährige ist 2012 aus dem Iran geflohen, weil er dort wegen seiner Berichterstattung verfolgt wurde.

Um einer Gefängnisstrafe zu entgehen, floh er zuerst in den Irak und dann nach Deutschland. Hier lebt er seit neun Jahren und arbeitet als Journalist sowohl für iranische Exilmedien wie für BBC Farsi und kleine Medienhäuser von NGOs und Stiftungen als auch für deutsche Medien wie Zeit, taz, NDR und als Mitarbeiter des No Hate Speech Movement für die Neuen deutschen Medienmacher*innen. „Ich war oft zur richtigen Zeit am richtigen Ort“, sagt er.

Schwierige Neuanfänge

Nur wenige Exiljournalist*innen finden den Weg in die deutsche Medienlandschaft. Die Hürden sind hoch: Wer als Journalist*in arbeiten will, braucht nicht nur sehr gute Sprachkenntnisse, sondern auch kulturelles Kontextwissen – und ein Netzwerk. Das geht bei der Flucht in ein anderes Land oft verloren oder wird brüchig. Selbst für diejenigen, die schon im Herkunftsland für renommierte deutsche Medienhäuser gearbeitet haben, kann es schwierig werden: „Viele Journalist*innen verlieren mittelfristig den Bezug zu Quellen vor Ort. Es ist schwer, diese Beziehungsarbeit ins Exil zu übertragen“, sagt Katja Heinemann. Sie arbeitet für die Nothilfe von Reporter ohne Grenzen. Ihr Ziel sei, dass Journalist*innen in ihrem Land oder ihrer Region weiterarbeiten können. „Wenn das aus Sicherheitsgründen nicht mehr möglich ist, bieten wir in Notfällen auch Hilfe an durch Relocation, temporär oder langfristig“, sagt sie. Aber: „Das Exil ist die letzte Möglichkeit.“

Es gibt keine gesicherten Zahlen darüber, wie viele Journalist*innen jährlich nach Deutschland fliehen. Das liegt daran, dass Journalismus kein geschützter Beruf ist. „Wen würde man zählen, Blogger, Leute die in Redaktionen arbeiten, nur diejenigen, die in Deutschland weiterhin journalistisch tätig sind oder auch die, die aufgrund ihrer journalistischen Arbeit verfolgt wurden?“, fragt Heinemann. Reporter ohne Grenzen habe im vergangenen Jahr über 150 Medienschaffende bei der Ankunft im Exil unterstützt. Die meisten Menschen kommen aus Russland und Afghanistan, aber auch aus der Türkei, Syrien und Iran.

Reporter ohne Grenzen unterstützt die Menschen im Asylverfahren, vermittelt Rechtsanwält*innen und berät sie, wie sie sich schützen können, falls sie angegriffen werden.

Ganze Medienhäuser gehen ins Exil

„Mit dem Krieg Russlands in der Ukraine war zu beobachten, dass nicht mehr nur einzelne Journalist*innen, sondern erneut ganze Medien bzw. eine ganze Medienlandschaft ins Exil gezwungen wurde“, sagt Penelope Winterhager, Geschäftsführerin des JX Fund, der im April 2022 von Reporter ohne Grenzen, der Schöpflin Stiftung und der Augstein Stiftung gegründet wurde und von der Bundesregierung gefördert wird. Seitdem habe die Organisation 55 Medien beim Wiederaufbau ihrer Redaktionsstrukturen im Exil unterstützt. Die Hilfe umfasst Informationen über rechtliche Möglichkeiten, finanzielle Förderung, Vernetzung und Räumlichkeiten, unter anderem gemeinsam mit MiCT (Media in Cooperation and Transition).

Die Radiojournalistin Masha Mayers ist 2022 aus Russland nach Deutschland geflohen. Unterstützt wurde sie von MiCT: Bei der Wohnungssuche, mit Dokumenten, Versicherungen. „Ich habe im Radio über den Krieg in der Ukraine, über Putin und die Fehler der russischen Regierung gesprochen. Ich kann nicht zurückgehen, es ist zu gefährlich“, sagt sie. Die 42-jährige hat lange Jahre als Moderatorin für den bekannten Radiosender Echo of Moscow gearbeitet. Der Sender wurde 1990 als erste nicht staatliche Radiostation in der Sowjetunion gegründet. Zwei Wochen nach dem Überfall der Ukraine 2022 wurde er aufgelöst. Kurz danach hat ein Teil des Teams den Youtube-Kanal „Zhivoy Gvozd“ eröffnet, für den sie immer noch arbeitet. Außerdem arbeitet sie für russische Exilmedien in Berlin und sie möchte ein eigenes Projekt für ein russisches Publikum ins Leben rufen.

„Die meisten Journalisten gehen nicht ins Exil weil sie für deutsche Medien arbeiten wollen, sondern weil sie weiter Journalismus für ihr Land machen wollen“, sagt Winterhager. Durch die Digitalisierung gebe es dafür ganz andere Möglichkeiten als noch vor 10 oder 20 Jahren. Winterhager sieht die Lösung deshalb eher in der Unterstützung von Exilmedien in Deutschland. Diese könnten später auch ein wichtiger Anknüpfungspunkt der Zivilgesellschaft des Landes werden.

Die meisten Journalisten gehen nicht ins Exil weil sie für deutsche Medien arbeiten wollen, sondern weil sie weiter Journalismus für ihr Land machen wollen.



Illustration: Zaide Kutay

Doch: „Für Medienschaffende ohne große Diaspora in Deutschland, ist es schwer, Anschluss zu finden“, sagt Katja Heinemann von Reporter ohne Grenzen. Zwar sind viele deutsche Medienhäuser solidarisch mit Kolleg*innen im Exil und engagieren sich z.B. mit Vernetzungsprogrammen, Ausbildungen, regelmäßigen Aufträgen oder auch praktischer Hilfe bei der Wohnungssuche. Doch ist das oft nur punktuell und konzentriert sich auf die großen Krisenregionen wie Syrien, Afghanistan, die Ukraine und Russland, die auch in der Berichterstattung eine Rolle spielen. Eine weitere Anlaufstelle können die Neuen deutschen Medienmacher*innen sein. Doch auch das Mentoring-Programm hier findet nicht kontinuierlich statt. Und es ist eher geeignet für Journalist*innen, die in Deutschland schon „angekommen“ sind. Rezaee kritisiert strukturellen Rassismus in den Medienhäusern. Er fordert die Redaktionen auf, offener zu werden: „Exiljournalist*innen haben eine Expertise, die in keiner deutschen Redaktion zu finden sind.“

Pierre Emmanuel Ngendakumana hat seinen Wunsch, als Journalist in Deutschland zu arbeiten, vorerst aufgegeben. „Der deutsche Medienmarkt ist sehr schwer zu durchdringen, besonders für Menschen mit Migrationshintergrund wie mich“, sagt er. Die Sprachbarriere spiele dabei eine entscheidende Rolle. Ngendakumana hat für eins der letzten unabhängigen Medienhäuser in Burundi gearbeitet. 2019 war er für die Global Investigative Journalism Conference nach Deutschland gekommen. Als dann Kolleg*innen von ihm verhaftet wurden, weil sie über eine Rebellenattacke aus dem Kongo berichteten, entschied er sich in Deutschland Asyl zu beantragen. Es klappte, er konnte eine Ausbildung an der Springer Tech Academy absolvieren und ihm wurde eine Stelle bei Politico Europe in Brüssel angeboten. Doch hätte er sie angenommen, hätte das seinen Aufenthaltsstatus in Deutsch-

land gefährdet. Jetzt hat er eine Stelle in einem Technologie-Unternehmen angenommen. „Ich habe während des Programms viel gelernt, was ich in meinem derzeitigen Job leider nicht anwenden kann“, sagt Ngendakumana. Sein Vorschlag ist, eine Plattform zu schaffen, auf der Exiljournalist*innen aus verschiedenen Ländern in internationalen Sprachen arbeiten können. Er könnte sich auch vorstellen, ein eigenes Medium zu gründen. „Aber das rechtliche Verfahren dafür ist hier in Deutschland sehr kompliziert“, sagt Ngendakumana.

Probleme mit der Sicherheit

Doch egal wie gut man sich in Deutschland auskennt und die bürokratischen Hürden gemeistert hat: Ein großes Problem ist die Sicherheitslage. „Immer wieder gibt es Angriffe auf Exilmedienschaffende“, sagt Winterhager. Das bedeutet, dass sich viele Journalist*innen auch nach der Flucht ins Exil nicht sicher fühlen können. Davon erzählt auch Wadud Salangi. Der 26-jährige ist 2021 nach der Machtübernahme der Taliban nach Deutschland geflüchtet. Derzeit arbeitet er unter anderem als Journalist für Deutsche Welle. „Die Taliban haben auch in Deutschland Kontakte und könnten mich wegen meiner journalistischen Tätigkeit sogar hier angreifen“, sagt er. Auf Social Media sei er Hate Speech und Drohnachrichten ausgesetzt. „Das ist ein blinder Fleck in der deutschen Zivilgesellschaft“, kritisiert Rezaee. Auch er bekomme rassistische Hasskommentare auf deutsch, aber auch Bedrohungen auf Farsi, z.B. von regimetreuen Akteur*innen im Ausland. „Das ist sehr konkret und könnte sich realisieren, aber es ist sehr schwer, dazu Unterstützung zu erhalten.“ Zwar gibt es Anlaufstellen für digitale Gewalt. „Doch die schalten sich oft nur ein, wenn die Bedrohung auf Deutsch oder Englisch stattfindet.“

Ulrike Wagener <<



Broschüre der NDM/Freischreiber/n-ost in verschiedenen Sprachen: <https://neuemedienschaffender.de/wissen-tools/startklar>

Exile Media Forum der Körber Stiftung am 15. und 16. Oktober 2024

Lesetip

„für das gemeinsame Ziel einer differenzierten und fairen Berichterstattung zu Westasien und Nordafrika“ <https://www.disorient.de/>



Spaniens Justiz kämpft gegen Hetze im Netz

Spanischen Staatsanwälte verstärken ihre Ermittlungen zu Hassverbrechen in sozialen Medien. Denn Rechtsextreme und Rechtspopulisten hetzen zunehmend im Internet. Sie machen Stimmung gegen Zuwanderung, Pressevertreter*innen und einzelne Politiker*innen. Auch das Strafrecht soll daher verschärft werden. Doch das könnte gerade für Medienschaffende zum Problem werden.

Mitte August wurde in Zentralspanien ein 11-jähriger Junge erstochen. Der neu gewählte EU-Abgeordnete, Alvis Pérez, der spanischen rechten Partei SALF (Se acabó la fiesta“: Die Party ist vorbei) nahm den Mord zum Anlass, um rassistische und fremdenfeindliche Botschaften gegen afrikanische Einwanderer im Netz zu verbreiten. Pérez' Bewegung gilt als eine „Mischung aus Verschwörung und rechtsextremen Ideen“. Der rechte Influencer und EU-Abgeordnete der neuen spanischen Rechtspartei nutzt seine enorme Reichweite in den sozialen Medien, um rassistische und fremdenfeindliche Botschaften sowie Fakenews zu verbreiten.

Eine anonyme Quelle hatte zuvor behauptet, ein unbegleiteter Jugendlicher aus Marokko sei der Täter. Pérez spekulierte daraufhin sofort öffentlich über

einen möglichen „islamistischen Anschlag.“ Die Behauptungen bezüglich des Täters wurden von Pérez und dessen Mitarbeiter Vito Quiles breit gestreut. Pérez verfügt über einen Telegram-Kanal mit 700.000 Followern und 400.000 bei X. Er wurde bereits zu Geldstrafen wegen Fake-Verbreitung verurteilt. Doch seit er nun, dank des EU-Mandats, parlamentarische Immunität genießt, habe er seine rassistische Hetze verstärkt, meinen Experten.

Kampf gegen „Bulos“

Er behauptet in seinen Netzwerken, es gäbe „täglich Enthauptungen und Messerstechereien“ und Täter seien nordafrikanische Einwanderer. Auf X veröffentlichte er sogar das angebliche Nummernschild des Autos des mutmaßlichen Kindsmörders und das Bild einer Moschee in der Nähe des Tatorts. Es kam wohl auch deshalb nicht zu massiven rassistischen Übergriffen wie in England, da die spanischen Sicherheitskräfte schon am Tag nach dem Mord einen offenbar verwirrten 20-jährigen Spanier festnahmen, der die Tat gestand.

Bereits seit Monaten wird in Spanien über die Bekämpfung sogenannter „bulos“ (Fake News) debattiert. Der sozialdemokratische Regierungschef Pedro

Sánchez hatte schon im Mai angekündigt, sich „unermüdlich, entschlossen und großzügig für die Wiederherstellung unserer Demokratie einzusetzen“. Seine Vorstellungen, wie er das bei gleichzeitigem Schutz der Meinungsfreiheit tun will, bleiben bisher jedoch vage. Experten, wie der Journalist Rubén Sánchez, stellen heraus: „Bisher weiß nur Sánchez, was geplant ist“.

Der Journalist und Präsident des Zusammenschlusses der Verbrauchervereinigungen „Facua“ wurde selbst oft Opfer der Hetze aus ultrarechten Kreisen. Er bekämpft sie in sozialen Netzwerken und zieht gegen Verantwortliche auch vor Gericht. „Alle Gesetze können verbessert werden“, sagt Sánchez im Gespräch mit M. Er sieht in den aktuellen Vorstößen der Regierung jedoch eine gefährliche „Gratwanderung“. Der Generalstaatsanwalt Miguel Ángel Aguilar will mit einer Reform des spanischen Strafrechts die „Anonymität“ im Internet abschaffen. Der Jurist bemängelte jüngst, man käme oft nicht voran, „da man die Täter nicht ermitteln“ könne. Sánchez betrachtet solcherlei Vorschläge, die nach den neusten Hetzkampagnen aufkeime, kritisch.

Regierung will Strafverschärfung

Der Verbraucherschützer streicht heraus, dass es gelungen sei, den jüngsten Kampagnen auf X schnell und effektiv zu begegnen. Er warnt jedoch vor Strafverschärfungen, schließlich gäbe es längst eine juristische Handhabe, um gegen Hassverbrechen vorzugehen. Auch Verunglimpfungen und Beleidigungen seien längst verboten, doch man müsse auch dagegen vorgehen wollen.

Dass auch die Ehefrau des amtierenden spanischen Regierungschefs Begoña Gómez von Fakenews betroffen ist, könnte nun jedoch für eine Beschleunigung der Gesetzesänderung sorgen. So sprechen Sánchez und die Sozialdemokraten (PSOE) jüngst von „Lawfare“, also einer Kriegsführung mit juristischen Mitteln, um politische Gegner über Strafverfahren zu beseitigen. Richteten sich Kampagnen von rechten Gruppen, wie den „Manos Limpias“ (Saubere Hände), zuvor vor allem gegen katalanische oder baskische Aktivist*innen und Politiker*innen, greifen sie nun auch die Familie von Präsident Sánchez an. Grund dafür ist, dass die PSOE nach den Wahlen im vergangenen Jahr auch die Unterstützung von baskischen und katalanischen Parteien benötigte, um den Sozialdemokraten erneut an die Macht zu bringen.

Der Fall Gómez zeigt dennoch, wie unbewiesene Behauptungen vor allem von rechten Medien und Politiker*innen aufgebauscht werden. Dann erstatten rechtsextreme Gruppen wie Manos Limpias Anzeigen. Es beginnen Ermittlungen, die zu neuen Berichten führen. Es entsteht ein Teufelskreis. Gómez habe Unternehmen dank ihrer Position öffentliche Aufträge verschafft, lautet der Vorwurf. Denn obwohl Manos Limpias einräumten, dass die Korruptionsvorwürfe

gegen Gomez lediglich auf unseriösen Medienberichten basierten, wurde ein Strafverfahren eingeleitet. Der Professor für Verfassungsrecht Joaquín Urias sieht darin das typische „Lawfare-Vorgehen“ zwischen Medien, Organisationen und Politikern. „Es gibt bis heute keine Indizien dafür“, dass Gómez ein Delikt begangen habe. Urias meint, die Justiz werde auf „fadenscheinige Weise benutzt, um die Regierung zu stürzen“.

Auch Verbraucherschützer Sánchez ist skeptisch, was die angekündigten Maßnahmen der Regierung betrifft. Die Debatte habe nach neuen Hetz-Kampagnen skurrile Züge angenommen. Der Journalist, der selbst schon 23 Entscheidungen und Urteile vor Gerichten wegen Fake News gegen seine Person erkämpft hat, warnt, es könne weit übers Ziel hinausgeschossen werden. Er nennt es sarkastisch eine „brillante Idee“, die Anonymität im Netz aufheben, „um endlich herauszufinden, wer dieser Alwise Pérez ist.“

Der stand auch federführend hinter der Kampagne, gegen den Journalisten Raúl Solís. Pérez benutzte einen offensichtlich gefälschten Chat-Screenshot, um Solís als „Päderasten“ darzustellen, der daraufhin sofort Morddrohungen erhielt. „Der Screenshot kam von einem anonymen X-Account, mit nur sehr wenigen Followern“, erklärt Sánchez.

Der als Päderast verunglimpfte Solís zeigte sich gegenüber M schockiert. „Es wäre gelogen, zu behaupten, dass diese Faschisten einem keine Angst machen würden“, erklärte er. Er werde aber nicht nur als Homosexueller angegriffen, sondern weil er mit seiner Arbeit für „Canal Red“ für einen unabhängigen linken Journalismus stehe.

Hetzaccount gelöscht

Auf Anzeige von Solís und angesichts von Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, wurden indes diverse Hetz-Accounts gelöscht. Dass die Regierung „Pseudo-Medien“ in Zukunft von einer Finanzierung durch öffentliche Mittel ausschließen will, die offensichtlich „bulos“ verbreiten, sei eine Möglichkeit zur Bekämpfung von Desinformation. Die Anonymität abzuschaffen, dagegen wende sich Sánchez. Gerade Journalist*innen benötigen sie bisweilen, erinnert er zum Beispiel an die Franco-Diktatur. „Viele Menschen veröffentlichen auch heute anonym wichtige Vorgänge, aus Angst vor Repressalien.“ Etwas anderes sei aber, wenn gelogen oder Hass verbreitet werde. Dagegen vorzugehen sei schwierig, wenn man Meinungsfreiheit erhalten wolle. Eine freiheitliche Gesellschaft müsse bestimmte Überschreitungen aushalten und Mechanismen zur Gegenwehr entwickeln. Ob Strafverschärfungen dazu geeignet seien, bezweifelt er. Dass Tweets, die falsche Behauptungen richtigstellen, gerade stärker verbreitet werden, als die rassistischen und homophoben Fake News, darin sieht der Journalist einen Lichtblick.

Ralf Streck <<



Foto: Amnesty International/Duncan Tucker

Aktion für Alberto Amaro Jordán, Mexiko

Eine ständige Bedrohungslage

Die Bedingungen, unter denen der mexikanische Journalist Alberto Amaro Jordán seiner Arbeit als Journalist nachgeht, sind für seine Kolleg*innen in Deutschland kaum vorstellbar. Seit mehr als fünf Jahren wird der Leiter des Medienunternehmens „La Prensa de Tlaxcala“ immer wieder wegen seiner Arbeit bedroht und angegriffen. Es gab auch Festnahmen und Einschüchterungen durch Mitglieder eines für seine Brutalität bekannten Drogenkartells. Zwar wird Amaro von Leibwächtern begleitet, doch drohen die Behörden nun damit, ihm diesen Schutz zu entziehen.

Wie dringend notwendig diese Schutzmaßnahmen sind, zeigte sich einmal mehr am 4. Juni 2024: An diesem Tag war Alberto Amaro im Auto unterwegs, um über einen Vorfall in einer Ortschaft im Bundesstaat Tlaxcala zu berichten. Er hatte die Leibwächter bei sich, die ihm mittels eines staatlichen Schutzmechanismus zur Seite gestellt wurden. Plötzlich erschien ein schwarzes Auto neben seinem Wagen. Eine Person lehnte sich aus dem Fenster und richtete eine Schusswaffe auf Amaros Auto. Der Fahrer des schwarzen Wagens sagte, er sei Angehöriger einer polizeilichen Ermittlungseinheit und forderte Amaro und seine Begleiter auf, das Fahrzeug zu verlassen. Amaro begann daraufhin, den Vorfall zu filmen und auf der Facebook-Seite von „La Prensa de Tlaxcala“ zu veröffentlichen. Außerdem wählte er den Notruf, woraufhin seinen Angaben zufolge Sicherheitskräfte des Bundesstaates erschienen, die allerdings die Polizisten ohne weitere Konsequenzen gehen ließen. Alberto Amaro hat mehrfach Mängel bei einigen der ihm gewährten Schutzmaßnahmen gemeldet. Bisher ist noch keine umfassende Reaktion auf seine Kritik bekannt geworden.

Der 35-jährige Journalist aus der Stadt Atexcatingo östlich von Mexico-Stadt gerät seit 2019 regelmäßig ins Visier von Sicherheitskräften oder Drogenbossen. Unter anderem wurde versucht, in sein Haus einzubrechen und es wurden Schüsse darauf abgefeuert. Uniformierte sowie unbekannte Personen haben ihn, seine Frau und seinen Sohn fotografiert, seine Website wurde gehackt

und in Facebook-Posts wurde er als Krimineller bezeichnet. Trotzdem befanden Vertreter des staatlichen Schutzmechanismus im August 2023, dass der Journalist sich nach vier Jahren Schutz durch das Programm nicht mehr länger in Gefahr befinde und man seine insgesamt vier Leibwächter abziehen werde. Das hat Amaro mit Hilfe einer einstweiligen Verfügung abwehren können. Es bleibt aber ungewiss, ob der Mechanismus zu seinem Schutz auch in Zukunft zur Verfügung gestellt wird. Amaro wirft den Behörden vor, die Gefahren, denen er und seine Familie aufgrund seiner Arbeit ausgesetzt sind, zu ignorieren. Im Januar dieses Jahres etwa versuchte eine unbekannte Person in einem Fahrzeug mit Kennzeichen des Bundesstaats México, einen Zusammenstoß mit dem Wagen von Alberto Amaro herbeizuführen und ihn von der Straße abzudrängen. Es gab keine Untersuchung des Falls.

Nach Angaben des Komitees für den Schutz von Journalisten (CPI) ist Mexiko das gefährlichste Land für Journalist*innen in der westlichen Hemisphäre. In dem mittelamerikanischen Land wurden seit 2000 mindestens 153 Journalist*innen und andere Medienschaffende getötet, und bei mindestens 64 dieser Todesfälle wurde ein direkter Zusammenhang mit der Arbeit der Getöteten festgestellt. Straflosigkeit ist in Mexiko bei Verbrechen gegen die Presse üblich.

Harald Gesterkamp <<

Was können Sie tun? Schreiben Sie an die mexikanische Innenministerin und fordern Sie einen wirksamen Schutz des Journalisten Alberto Amaro Jordán sowie eine unanhängige Untersuchung der Angriffe auf ihn.

Schreiben Sie auf Spanisch, Englisch oder Deutsch an:

Ministra Luisa María Alcalde Luján

Ministry of Interior (SEGOB)

Carretera Bucareli 99

Colonia Juárez, Cuauhtemoc

C.P. 06600, Mexico City · MEXIKO

E-Mail: luisa.alcalde@segob.gob.mx

X: @Segob_mx / @LuisaAlcalde

Senden Sie eine Kopie an:

BOTSCHAFT DER VEREINIGTEN MEXIKANISCHEN STAATEN

S. E. Herrn Francisco Jose Quiroga Fernandes

Klingelhöferstraße 3 · 10785 Berlin

Fax: (030) 26 93 23 700 · E-Mail: mexale@sre.gob.mx

Deutscher Fairnesspreis für Mai Thi Nguyen-Kim

Der Deutsche Fairnesspreis 2024 geht an Mai Thi Nguyen-Kims crossmediale Sendung „Wie populistische Politiker uns verarschen“.

Für die Auslobung des Preises entschieden sich der BFFS und ver.di in diesem Jahr für das Thema „Demokratie verteidigen“. Denn Fairness ist nur in einer funktionierenden Demokratie möglich, in der ein ausbalanciertes System der Gewaltenteilung dafür sorgt, dass niemand über dem Gesetz steht und Meinungsfreiheit und kritische Berichterstattung möglich ist. Diese Demokratie sehen BFFS und ver.di Filmunion derzeit als gefährdet an. Es gilt, die Demokratie zu verteidigen. Ohne Demokratie keine Fairness, ohne Fairness keine Demokratie. Ist diese gefährdet, gilt es daher, sie zu verteidigen. Auf diesen Zusammenhang wollten BFFS und ver.di mit der diesjährigen Themensetzung hinweisen.

Die Jury hat sich für Mai Thi Nguyen-Kims Sendung „Wie populistische Politiker uns verarschen“ entschieden. Mai Thi Nguyen-Kim, die deutsche Chemikerin, Wissenschaftsjournalistin und Fernsehmoderatorin, die seit 2015 das Publikum über wissenschaftliche und politische Themen aufklärt, zunächst auf YouTube, dann auch bei ARD und ZDF, zeigt in dieser Folge ihrer Sendung MAITHINK X – Die Show, wie die rhetorischen Tricks der Populisten funktionieren: Zuspitzung, Ausgrenzung, Vereinfachung und Verfälschung statt sachlicher Argumente und kon-

struktiver Lösungen. Nguyen-Kim zeigt anschaulich wie anfällig „wir alle“ für Populismus sind.

Aus der Jurybegründung:

„Populismus gefährdet unsere Demokratie, – und nicht nur unsere. Aber man kann Populismus nur bekämpfen, wenn man ihn durchschaut. Und das ist gar nicht so einfach wie es klingt. Doch Mai Thi Nguyen-Kim befähigt ihr Publikum dazu mit ihrem crossmedialen „populistischen Selbstversuch“, der nicht nur lehrreich und verständlich, sondern auch spielerisch und unterhaltsam ist. Im Zeitalter von Fakenews, medialen Erregungswellen und simplifizierenden politischen Botschaften ist Medienkompetenz, wie sie von Mai Thi Nguyen-Kim vermittelt wird, wichtiger denn je. Zur Verteidigung unserer Demokratie, dem diesjährigen Thema des Fairnesspreises, leistet unsere Preisträgerin somit einen wichtigen Beitrag.“ <<



Preis für gesellschaftliche Fairness

Der Deutsche Fairnesspreis wird jährlich im Rahmen der feierlichen Verleihung des Deutschen Schauspielpreises als Gemeinschaftspreis des BFFS und der ver.di FilmUnion vergeben.

Als Ergebnis jahrelanger enger Zusammenarbeit zwischen den beiden Gewerkschaften prämiiert der Preis eine Person oder Produktion, die auf auszeichnungswürdige Weise zu gesellschaftlicher Fairness beiträgt.

Screenshot: ZDF Mediathek



MaiThink X – Die Show
„Wie populistische Politiker uns verarschen“

Rhetorische Tricks statt echter Inhalte: Oft verliert in der Politik Sachlichkeit gegen Zuspitzung. Ist Populismus eine Gefahr für die Demokratie?

Videolänge: 27 min
Datum: 18.02.2024
In der ZDF-Mediathek verfügbar bis 24.02.2029

Tarifverhandlungen Zeitungsredaktionen



Für die zweite Tarifverhandlungsrunde am 25. Juli 2024 hatten die Verhandler*innen des Zeitungsverlegerverbandes BDZV der dju in ver.di ein Angebot zu Tarifierhöhungen angekündigt. Doch gehalten haben sie das Versprechen nicht. Konkrete Zahlen zur Tarifierhöhung blieb der BDZV am 25. Juli in Frankfurt/Main schuldig. Stattdessen stellte er Gegenforderungen zum Nachteil der Zeitungsredakteur*innen. So solle es nach Berufsjahresstufen zustehende Einkommensschritte nur noch dann geben, wenn der/die

Redakteur*in eine thematisch vorgegebene, aber ansonsten vollkommen eigenverantwortlich zu organisierende Weiterbildung vorweisen kann.

Weder dafür nötige Freistellungen, Bezahlung der Weiterbildung oder anderweitige Mithilfe des Verlages sollen vorgesehen sein. Zudem solle es bei der Übernahme von Leistungsaufgaben keine tarifliche Höhergruppierung, sondern nur noch einzeln dem Verlag abzurufende Zulagen geben. Außerdem sollen Vorbeschäftigungszeiten nur noch aus Zeitungsberufsjahren angerechnet werden. Erfahrungen aus anderen

Medien wie Rundfunk, Agenturen oder Zeitschriftenverlage nur ausnahmsweise, so wie es bisher bei Dienstjahren in Pressestellen üblich ist.

Den Forderungen der dju in ver.di nach tariflichen Regelungen zum Einsatz generativer Künstlicher Intelligenz (KI) verwehrt sich der BDZV in Gänze. Die Verhandlung wurde ohne Verabredung eines konkreten Folgetermins beendet, weil der BDZV nicht zu einer Fortsetzung vor Oktober bereit war und die dju die geforderten Tarifverschlechterungen abgelehnt hat.

<<

Netflix: Verbesserte Vergütungssituation



Der Bundesverband Schauspiel, ver.di und Netflix verbessern durch im Juni abgeschlossene weitere gemeinsame Vergütungsregeln die Vergütungssituation von Urheberinnen und Urhebern sowie ausübenden Künstlerinnen und Künstlern, die in deutschen Netflix-Produktionen mitgewirkt haben.

Neben der Erneuerung der in 2020 und 2022 geschlossenen gemeinsamen Vergütungsregelungen und damit einhergehenden Verbesserungen der Vergütung haben sich die Verhandlungspartner nun auch auf eine gemeinsame

Vergütungsregel für Synchronschaffende einigen können, die auch von der Berufsvereinigung Filmton (bvft) mit abgeschlossen wird. Danach wird Netflix künftig auch Synchronschaffende, die an besonders erfolgreichen Netflix Film- und Serien-Produktionen mitgewirkt haben, am Erfolg beteiligen und so der besonderen Rechtslage in Deutschland Rechnung tragen.

Eine ebenfalls schon bestehende Vereinbarung, die die Erstattung von Beiträgen zur Pensionskasse Rundfunk zugunsten von Filmschaffenden bei Filmen ermöglicht, wurde nun auf Serienproduktionen erweitert. Damit ist ein wichtiger

Baustein zur Verbesserung der Finanzierung von Altersvorsorgebeiträgen für Urheber*innen und Kreative gesetzt. Für die Filmschaffenden ist die Pensionskasse Rundfunk ein wichtiges Instrument zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes im Ruhestand. Beitragszahlungen zur Pensionskasse Rundfunk sind jedoch für die Produzent*innen als Auftraggeber nicht verpflichtend. Sie erfolgen freiwillig. Daher hatte sich in einer vorhergehenden Vereinbarung Netflix bereits für deutschsprachige Netflix-Filme verpflichtet, Pensionskassenbeiträge anzuerkennen und dafür aufzukommen. Diese Regelung wird ab diesem Jahr nun auch auf deutschsprachige Netflix-Serien erweitert. <<

Anzeige

HERBERT VON HALEM VERLAG

Komplettes Programm unter <https://www.halem-verlag.de>

VOLKER LILIENTHAL (Hrsg.)
»Sagen, was ist«.
 Journalismus für eine offene Gesellschaft – Rudolf Augstein zum 100. Geburtstag
 2024, 264 S., Broschur
 ISBN (Print) 978-3-86962-698-7 | 28,00 EUR
 ISBN (PDF) 978-3-86962-699-4 | 23,99 EUR
 ISBN (ePub) 978-3-86962-700-7 | 23,99 EUR



CHRISTINA ELMER / LORENZ MATZAT (Hrsg.)
Handbuch Daten und KI im Journalismus
Praktischer Journalismus, 112
 2024, 386 S., 62 Abb., Broschur, 240 x 170 mm, dt.
 ISBN (Print) 978-3-7445-2102-4 | 32,00 EUR
 ISBN (PDF) 978-3-7445-2103-1 | 27,99 EUR



KATHARINA SCHMIDT
Der Wundermann Ludwig Erhard.
 Mythos, Selbstdarstellung und Öffentlichkeitsarbeit
Öffentlichkeit und Geschichte, 14
 2024, 628 S., 47 Abb., Broschur
 ISBN (Print) 978-3-86962-680-2 | 47,00 EUR
 ISBN (PDF) 978-3-86962-679-6 | 39,99 EUR
 ISBN (ePub) 978-3-86962-706-9 | 39,99 EUR

Tarifabschluss bei dpa und Töchtern



Zwischen der Tarifkommission von DJV und ver.di und der Deutschen Presseagentur (dpa) wurde Anfang Mai eine Tarifeinigung erzielt. Nachdem noch nötige Nachbesserungen bei den Modalitäten zur Auszahlung der Einmalzahlungen erreicht werden konnten, haben auch die Tarifgremien der Gewerkschaften dem Tarifergebnis zugestimmt. Der Tarifabschluss tritt damit in Kraft.

Eine tabellenwirksame Anhebung der Gehälter um 5 Prozent zum 1. November 2024 sowie um weitere 2,5 Prozent zum 1. April 2025, ist dabei vereinbart worden. Zusätzlich wird es – als zwei Einmalzahlungen – eine steuerfreie und sozialversicherungsfreie Inflationsausgleichsprämie von insgesamt 2.000 Euro geben: Eine erste Tranche wurde zum 1. Juli 2024 und die zweite wird im Oktober 2024 ausgezahlt. Ebenfalls konnte die Anrechnung des ersten dpa-Vollosjahres in der Berufsjahresstaffel ab dem Volo-Jahrgang 2018 erreicht werden.

Die Laufzeit des Tarifvertrags beträgt 24 Monaten bis zum 31. Dezember 2025. <<

Tarifabschluss bei CinemaxX



Nach sechs Monaten schwieriger Tarifverhandlungen, starker Streikbewegung und der darauffolgenden Schlichtung konnte ein Schlichtungsergebnis mit CinemaxX erreicht werden. Die Löhne steigen ab dem 1.8.2024 auf mindestens 13 Euro im Service, insgesamt um rund 7,9 Prozent.

Es gibt zum ersten Mal seit sieben Jahren verbesserte Zulagen für Teamleiter*innen, Teammanager*innen und Team Buddys sowie höhere Einstiegsgehälter für Junior-Theaterleistungsassistent*innen und Theaterleistungsassistent*innen. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis zum 31.05.2026. Mit dem Schlichtungsergebnis können die von ver.di geforderten Mindeststandards in der Branche eingehalten werden: Kein Lohn mehr unter 13 Euro, wie auch bei UCI und CineStar. Gerade die Lohngruppen im Einstieg profitieren von dem neuen Entgelttarifvertrag. <<



Foto: Barbara Dietl

Impressum

M 3/2024 Jhg. 73

Menschen Machen Medien

Das medienpolitische Magazin von ver.di erscheint vier Mal im Jahr als Print-Ausgabe mit jeweils einem Schwerpunktthema. **M Online** berichtet aktuell aus der Medienbranche: <https://mmm.verdi.de>

Herausgeber: ver.di Bundesvorstand, Frank Werneke, ver.di-Vorsitzender, Christoph Schmitz, Leiter Ressort 7

Redaktion: ver.di Bundesverwaltung M Redaktion, Julia Hoffmann (verantwortl.), Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin. Tel: 030 / 69 56 23 26 Fax: 030 / 69 56 36 57 Julia.Hoffmann@verdi.de twitter.com/Mx3_Online www.facebook.com/menschenmachenmedien – www.instagram.com/menschenmachenmedien/ Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

Anzeigen: ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstr. 66, 10783 Berlin, Fax 030/740 73 16 54. anzeigen@ask-berlin.de Ansprechpartnerin: Simone Roch. Tel. 030/740 73 16 32. Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 28 gültig ab 1.1.2023. **Abonnement:** Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt. Tel 0711/700 15–30, service@verlag-weinmann.com Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag erhalten. Jedes Heft kostet 9 Euro (inklusive MwSt.).

ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen können M zu einem ermäßigten Preis abonnieren.

Gestaltung: Petra Dreßler, vision-und-gestalt.de
Druck und Vertrieb: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG. Marktweg 42–50 47608 Geldern
Redaktionsschluss M:
M 03.2024: 30.08.2024
M 04.2024: 15.11.2024

Intern. Standard Serial Number
ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32



Medienpolitische Tagung
von ver.di und DGB

KI, Big Tech & Co. – Was wird aus dem Journalismus?

16.10.2024
ab 14:30 Uhr
im ver.di-Haus
in Berlin